

## DIE HERAUSBILDUNG DER ANTIFASCHISTISCHEN ARBEITER- EINHEITSFRONT IN DER ITALIENISCHEN ARBEITERBEWEGUNG (1933 – 1934)

JENŐ HORVÁTH

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 übernahm der Faschismus die Macht in dem Lande, in dem die sozialdemokratische und kommunistische Parteien die stärksten in Europa waren. Die Machtergreifung des deutschen Faschismus sowie die Tatsache, daß die deutsche Arbeiterbewegung das zu verhindern unfähig war, haben die größte Schwäche der deutschen und zugleich der internationalen Arbeiterbewegung mit aller Deutlichkeit bloßgelegt, nämlich das Fehlen der Aktionseinheit. Die beiden Richtungen der internationalen Arbeiterbewegung, die kommunistische als auch die sozialdemokratische Bewegung, wurden durch die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse zugunsten der Reaktion zur Überprüfung ihrer bisherigen Politik gezwungen, obwohl nicht in gleichem Maße und nicht in gleicher Weise. Aus dieser Überprüfung sollte die Schlußfolgerung – die heute als äußerst einfach erscheint – gezogen werden, daß die Herausbildung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse die Bedingung des Kampfes einerseits für die Verhinderung der Machtübernahme des Faschismus in noch weiteren Ländern und andererseits gegen den schon herrschenden Faschismus ist. Der zur Einheit führende Weg erwies sich auch nach der Machtergreifung Hitlers als lang und kampfreich, auch noch in der Arbeiterbewegung der Länder, – unter ihnen auch in Italien –, in denen die Arbeiterfront gegen den Faschismus zustande gekommen ist.<sup>1</sup>

Auch in den der Machtübernahme Hitlers unmittelbar vorangehenden Tagen schien die Wirklichkeit für die beiden Grundrichtungen der Arbeiterbewegung – obwohl sie schon früher mit der Möglichkeit der Machtergreifung des Nazismus gerechnet hatten – fast unglaublich. Die deutschen Sozialdemokraten beriefen sich – den (ein bißchen verspäteten) Aufruf der Kommunisten vom 31. Januar zum Generalstreik ablehnend – auf die legale Weise der Ernennung Hitlers und riefen die Mitglieder ihrer Organisationen auf, keine Möglichkeit zu „Provokationen“ zu geben. Ihr Zentralblatt, der „Vorwärts“, betonte im Leitartikel vom 30. Januar, „daß diese Regierung den Boden der Verfassung nicht verläßt und daß sie sofort zurücktritt, wenn sie eine Mehrheit im Reichs-

tag nicht erhält.“ In den sozialdemokratischen Parteien wirkte damals noch stark der Mythos der Kraft des deutschen Sozialdemokratismus. „Wird Hitler die Macht behalten können?“ – diese Frage stellte das Zentralblatt der Italienischen Sozialistischen Partei (Partito Socialista Italiano) in seinem die Veränderungen in Deutschland erörternden Artikel, und die Antwort war nicht pessimistisch.<sup>2</sup>

In der Kommunistischen Internationale und in der Kommunistischen Partei Deutschlands war die Hoffnung allgemein verbreitet, die Kanzlerschaft Hitlers dauere nur kurze Zeit, weil die Machtübernahme des Faschismus beweist, daß die Klassengegensätze bis zum Äußersten verschärft sind und sie den Verfall der wirtschaftlichen und staatlichen Ordnung noch weiter befördert, so ist sie eigentlich der unmittelbare Vorabend der proletarischen Revolution.<sup>3</sup> Die erste Analyse von Togliatti „Über die deutsche Lage“ nach dem Machtantritt des Faschismus stimmt in mehreren Punkten mit der obigen Interpretation überein (Bankrott des deutschen Sozialdemokratismus. „Neuer 14. August 1914“; Die Sozialdemokratie ist der Zwillingsbruder des deutschen Faschismus; Die Machtergreifung des Faschismus ist der „Vorabend der proletarischen Revolution“), ein wichtiger Unterschied bestand jedoch darin, daß Togliatti an das Beispiel des italienischen Faschismus erinnerte: „Selbst wenn die inneren Gegensätze sehr groß sind, führen sie nicht von selbst zum Zerfall der Staatsordnung.“<sup>4</sup>

Nach dem Machtantritt des deutschen Faschismus schlug die Konferenz von sieben sozialistischen Parteien (in der Mehrheit gehörten sie keiner Internationale an) in Paris am 4. Februar 1933 als erste vor, daß die Arbeiterklasse im internationalen Maß gemeinsam gegen den Faschismus auftreten soll.<sup>5</sup> Die an der Konferenz teilnehmenden Parteien (die norwegische Arbeiterpartei, die englische Unabhängige Arbeiterpartei, die maximalistische Italienische Sozialistische Partei, die Proletariereinheitspartei Frankreichs, die holländische Unabhängige Sozialistische Partei und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands wandten sich an die Kommunistische internationale und an die Sozialistische Arbeiterinternationale, damit sie sofort eine gemeinsame Tagung zur Ausarbeitung der Aktionen gegen den Faschismus zusammenzurufen.<sup>6</sup> Auf den Aufruf gab keine der beiden Internationalen Antwort (diese Minderheits- oder Separatistenparteien und Gruppierungen wurden nicht als kompetent betrachtet). Die Bedeutung des Aufrufs lag in erster Linie darin, daß er den Einheitsfrontbestrebungen Ausdruck gab, die sowohl bei den Sozialdemokraten als auch bei den Kommunisten zu finden waren. Diese Tatsache ist also nicht außer acht zu lassen. Dem Aufruf der sieben sozialistischen Parteien folgte der gemeinsame Einheitsaufruf der französischen, deutschen und polnischen kommunistischen Parteien am 13. Februar an die sozialdemokratische Arbeiter.<sup>7</sup>

Die Differenzierung zwischen den Parteien der Sozialistischen Arbeiterinternationale und innerhalb der einzelnen sozialdemokratischen Parteien wurde Mitte Februar 1933 größer – das begann schon vor der



Machtübernahme des Faschismus unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise und der immer mehr zunehmenden Gefahr des Faschismus. Die Mehrheit der Mitglieder mehrerer sozialdemokratischer Parteien wandte sich gegen die starre Einheitsfront und antikommunistische Linie; in mehreren Parteien kam immer öfter zum Ausdruck, daß die Arbeitermassen die Einheitsfront wollen.<sup>8</sup> Diese Forderung nach der Aktionseinheit — neben der Erschütterung durch den Terror, der gegen die Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung, unter ihnen gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtet war, spielte die entscheidende Rolle darin, daß das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale sich am 19. Februar 1933 mit einem Aufruf an die Arbeiter der Welt wandte, in dem der Gedanke der Arbeitereinheitsfront enthalten war. Der Aufruf stellte fest, die Spaltung und „der Bruderkampf“ des Proletariats „sind der tiefste Grund seiner Schwäche“, sie befördern den Sieg des Faschismus, und er konstatierte, daß die Proletarier gegen den Faschismus gemeinsam kämpfen wollen. „Die Sozialistische Arbeiterinternationale“ — setzt der Aufruf fort — „strebt aufgrund offener und ehrlicher Vereinbarung nach der Schaffung der gemeinsamen Aktion der ganzen Arbeiterklasse. Darum rufen wir die deutschen Arbeiter, die Arbeiter aller Länder auf, daß sie ihre gegenseitigen Angriffe mit Rücksicht auf die tragische Gefahr, die allen droht, einstellen und gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen.“ Die Tatsachen der Vergangenheit verfälschend, endet der Aufruf so: „Die Sozialistische Arbeiterinternationale war immer bereit, über eine solche Kampfgemeinschaft mit der Kommunistischen Internationale zu verhandeln, sobald sie dazu geneigt ist.“<sup>9</sup>

Selbst der Aufruf, vor allem aber die Bereitschaft der Sozialistischen Arbeiterinternationale, mit der Kommunistischen Internationale Verhandlungen zu führen, rief unter den Zeitgenossen und später den Historikern Debatten und unterschiedliche Bewertungen hervor.<sup>10</sup> Das Neue des Aufrufs lag darin, daß die Sozialistische Arbeiterinternationale sich bereit erklärte, über den Kampf gegen den Faschismus zu verhandeln. Diese Erklärung ist eigentlich nach dem die Einheitsfront eindeutig zurückweisenden langjährigen Verhalten der Sozialistischen Arbeiterinternationale ohne Präzedenz. Ohne Zweifel, ihre Veröffentlichung ist eine neue Erscheinung in der Politik der Sozialistischen Arbeiterinternationale, und diese Sozialistische Arbeiterinternationale war nie homogen. Der Aufruf vom 1. Februar 1933 drückte verschiedene Meinungen aus, von der Demagogie bis zum ehrlichen Willen des Handelns.

Ende Februar, Anfang März 1933 kamen immer beunruhigendere Nachrichten aus Deutschland über das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung. Die Nazis benutzten die Reichstagprovokation, um ein Pogrom gegen die Kommunisten zu beginnen, Georgi Dimitroff, der Leiter des Westeuropäischen Büros der Komintern wurde verhaftet. Unter den sich vermehrenden antifaschistischen Einheitsbestrebungen wurde in diesen Tagen der Aufruf veröffentlicht, der zur Amsterdam-Pleyel-Bewegung führte; am 26. Februar 1933 erließen die kommunistischen Gewerkschaftsleiter (in Vertretung der deutschen RGO, der italieni-

schen CGL und der polnischen RGO) einen Aufruf an alle Arbeiter für das Zusammentreten eines europäischen antifaschistischen Kongresses.<sup>11</sup>

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale antwortete am 3. 3. 1933, ebenfalls mit einem Aufruf.<sup>12</sup> Die Antwort zeigte Fortschritte im Verhältnis zu dem früheren Standpunkt der Komintern, weil er neben der Betreibung der Einheitsfront „auch auf den Weg der Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Parteien“ aufrief, weiterhin, wenn eine Vereinbarung zustande käme, „schlägt das Exekutivkomitee der Komintern“ – wie es im Aufruf steht – „den kommunistischen Parteien vor, sich während des gemeinsamen Kampfes dem Angriff gegen die sozialdemokratischen Organisationen zu enthalten.“ Die Antwort widerspiegelte den Standpunkt der Kommunistischen Internationale, daß die Einheitsfront in erster Linie in den einzelnen Ländern aufgrund eines konkreten Aktionsprogramms zu verwirklichen ist (später erwies sich wirklich dieser Weg als real). Für die Antwort des Exekutivkomitees der Komintern ist im Gegensatz zu diesen vorwärtszeigenden Zügen auch noch die „Kontinuität des Gestern“ charakteristisch. Das zeigt der Ton der Antwort, die Behauptung, daß die Kommunisten noch „einen letzten Versuch“ im Interesse der Einheitsfront machen und daß der Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale nicht die Bereitschaft enthält, im internationalen Maße auch auf der Plattform der Internationale zu verhandeln. So war die Antwort des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale innerhalb der Sozialistischen Arbeiterinternationale für die Kräfte günstig, die gegen die Verhandlungen mit den Kommunisten waren. In der Kommunistischen Internationale trug sie dazu bei, daß die kommunistischen Parteien ihre Aufmerksamkeit auf die antifaschistischen Aufgaben lenkten.

Nach dem Aufruf der Kommunistischen Internationale wandte sich eine ganze Reihe von kommunistischen Parteien mit Einheitsangeboten an die sozialdemokratischen Parteien.<sup>13</sup> Die Französische Kommunistische Partei z. B. am 6. März, ein Tag nach Erscheinen des Aufrufs.<sup>14</sup> Das Politbüro der Italienischen Kommunistischen Partei behandelte erst am 10. März die Frage des sich an die sozialistischen, maximalistisch-sozialistischen und republikanischen Arbeiter richtenden, zur Einheitsfront auffordernden Aufrufs. In der Sitzung kam es zu Diskussionen darüber, ob sich der Aufruf auch an die *Guistizia e Libertà*-Bewegung<sup>15</sup> richtet und ob sein Inhalt mit dem Gedanken des Kampfes gegen den Krieg und in diesem Falle auch mit der Wendung an die katholischen Arbeiter erweitert werden solle. Letzten Endes lehnte das Politbüro der Italienischen Kommunistischen Partei diese Vorschläge ab und nahm den nach dem Muster des Aufrufs des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale von Togliatti vorgeschlagenen Text an.<sup>16</sup> Der Einheitsfrontaufruf der Italienischen Kommunistischen Partei ist am 13. März 1933 erschienen.<sup>17</sup> Die Republikaner und Maximalisten antworteten im Grunde genommen zustimmend, nahmen die Vorschläge der Italienischen Kommunistischen Partei als Ausgangspunkt an und schlugen vor, die drei Parteien sollen Delegationen zur Ausarbeitung der Zusammen-



arbeit schicken.<sup>18</sup> Die Italienische Kommunistische Partei gab erst später, nach der Sitzung des Exekutivkamitees der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Antwort.<sup>19</sup>

Das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale besprach in der Sitzung vom 18. – 19. März 1933 die Aufrufe der Kommunistischen Internationale und der einzelnen kommunistischen Parteien. Dabei wurde die Frage der gemeinsamen Einheitsfront aufgeworfen; jetzt, als darauf mit dem Aufruf Antwort kam, wurden sie wieder zur Stellungnahme gezwungen. Die einflußreichsten Parteien der Sozialistischen Arbeiterinternationale – die englische, skandinavische, holländische und tschechoslowakische Parteien – waren gegen die Einheitsfront.<sup>20</sup> Aber eine glatte Ablehnung hätte nicht nur den demagogischen Charakter des Aufrufs vom 18. Februar bewiesen, sondern wäre auch für die sozialdemokratischen Massen unpopulär gewesen. Das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale nutzte taktisch aus, daß der Aufruf des Exekutivkomitees der Komintern keine Bereitschaft zu Verhandlungen ausdrückte und bezeichnete diesen Aufruf als Manöver und bekannte sich mit dem Beschluß für die Einheitsfront und warf der Komintern vor, sie sei gegen die Aktionseinheit. „Dem Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale nach“ – so lautete der Beschluß – „können nur Verhandlungen zwischen den beiden Internationalen zum ehrlichen und offenen Zusammenwirken im Interesse des gemeinsamen Auftretens gegen den Faschismus und die internationale Reaktion führen ... In Erwartung der Antwort der Komintern auf diese primäre Frage ... empfiehlt die Sozialistische Arbeiterinternationale nachdrücklich den zu ihr gehörenden Parteien, daß sie sich von jeder Sonderverhandlung zurückhalten.“<sup>21</sup>

Es ist offensichtlich, die Mangelhaftigkeit des Aufrufs der Kommunistischen Internationale zum Beschluß der Sozialistischen Arbeiterinternationale war nicht der Grund, sondern nur Vorwand. In der Kommunistischen Internationale und in den kommunistischen Parteien wurde viel darüber diskutiert, ob sie mit den Leitern der Sozialistischen Arbeiterinternationale Verhandlungen führen können. Das Exekutivkomitee vertrat den Standpunkt, daß das Benehmen der sozialdemokratischen Parteiführer die Möglichkeit der Verhandlungen auf der Ebene der Internationale ausschließt.<sup>22</sup> Die Frage der Verhandlungen zwischen den beiden Internationalen geriet damit in eine Sackgasse.

Auch die Aktionseinheitspolitik auf nationaler Plattform geriet ins Stocken. Alle sozialdemokratische Parteien – ausgenommen die englische Unabhängige Arbeiterpartei (LPI) –, an die die kommunistischen Parteien sich nach den Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale mit dem Vorschlag der Einheitskampffront wandten, wiesen entweder sofort oder später, sich auf den Beschluß des Exekutivkomitees der Sozialistischen Arbeiterinternationale vom 19. März berufend, diese Vorschläge zurück.<sup>23</sup> Die Zurückweisung der kommunistischen Einheitsfrontangebote verlief nicht ohne innere Diskussio-

nen, weil ein Teil der sozialdemokratischen Parteimitglieder und Funktionäre für die Einheitfront war.<sup>24</sup> Die Italienische Sozialistische Partei beantwortete den Einheitsfront-Vorschlag der Italienischen Kommunistischen Partei vom 13. März erst am 27. März. Mit Bezugnahme auf den Entschluß des Exekutivkomitees der Sozialistischen Arbeiterinternationalen – sich an den Buchstaben klammernd – bezeichnete sie als Voraussetzung der Einheitsfront die Verhandlungen zwischen den beiden Internationalen. Sie setzte sich über die Gründe des Mangels der antifaschistischen Aktionseinheit mit der Italienischen Kommunistischen Partei auseinander und machte dafür die Kommunisten verantwortlich. Die Losung der deutschen Kommunisten – so lautet die Antwort – war: „Niederschlagen des Kapitalismus mit dem Zertreten des Sozialdemokratismus“, auch die Taktik der Italienischen Kommunistischen Partei war nicht anders. Die Italienische Sozialdemokratische Partei beschuldigte die Kommunisten, daß sie zur Plattform der Einheit solche Teilforderungen vorgelegt haben, „deren Verwirklichung“ auch im Rahmen des faschistischen Systems vorstellbar ist.“<sup>25</sup>

Die Italienische Kommunistische Partei antwortete nach der Zurückweisung ihrer Vorschläge nicht mit „Enthüllung“, sondern richtete erneut einen Brief an den in Marseille tagenden Kongreß der Italienischen Sozialistischen Partei. Darin – er war eine Antwort auf den Brief vom 27. März – wurde betont, daß die Kommunisten die Teilforderungen eben im Interesse der möglichst weiten Ausbreitung der Einheit gestellt haben, und wenn die Aktionseinheit zustande kommt, werden natürlich auch viel weitgehendere Zielsetzungen möglich.<sup>26</sup>

Die Italienische Sozialdemokratische Partei hielt ihren XXII. Kongreß am 17. und am 18. April 1933 in Marseille ab. Dieser war schon der zweite in der Emigration organisierte Kongreß. Nachdem die faschistische Diktatur die Parteien in Italien verbot, bildeten die italienischen Emigranten aus der Schweiz, aus Belgien und vor allem aus Frankreich die Mitgliedschaft der Italienischen Sozialdemokratischen Partei. In der Führung der Partei spielte neben Paris die Züricher Parteizentrale eine wichtige Rolle. Die Italienische Kommunistische Partei gehörte zur Linken der Italienischen Sozialdemokratischen Partei, enge Bande knüpfte sie zur SFID, der Französischen Sozialdemokratischen Partei. Sie war, den damaligen anderen Parteien ähnlich, nicht einheitlich: zu ihr gehörte der Rechte E. Modigliani, viele Mitglieder suchten die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Kommunisten, und hinter ihnen, hinter Pietro Nenni und Giuseppe Saragat, gruppierte sich die Mehrheit der Partei. Die Italienische Sozialdemokratische Partei war Mitglied der gemeinsamen Organisation der italienischen antifaschistischen Parteien der Antifaschistischen Konzentration (Concentrazione Antifascista). Die in der Antifaschistischen Konzentration gruppierten Parteien und Organisationen – nur die Italienische Kommunistische Partei war kein Mitglied – riefen eine gemeinsame zentrale Leitung ins Leben, ihre Selbstständigkeit zum Teil aufgebend. Weil unter den Mitgliedern der Antifaschistischen Konzentration nur die GL über eine legale vaterländische



Organisation verfügte — die Italienische Sozialdemokratische Partei hatte weder die Absicht noch die Kraft nach der Errichtung der faschistischen Diktatur zum illegalen inländischen Kampf —, vereinbarten die Italienische Sozialdemokratische Partei und die anderen Mitglieder der Antifaschistischen Konzentration mit der GL, daß sie die illegalen Aktionen im Lande ausübte und sie als inländischer Vertreter der Antifaschistischen Konzentration betrachtet wird.

Im Frühling 1933 — wie es der XXII. Kongreß der Italienischen Sozialdemokratischen Partei zeigt — waren bereits die Ideologie, die politische Richtungslinie und die Koalitionsverhältnisse in eine kritische Lage geraten.<sup>27</sup> Die Krise wurde unmittelbar durch die raschen Veränderungen nach der Machtergreifung der Faschisten in Deutschland hervorgerufen. Das Fiasko der deutschen Sozialdemokraten war ein schwerer Schlag für die reformistische Ideologie und damit gleichzeitig für die politischen Richtungslinien der Italienischen Sozialdemokratischen Partei. Es begann der Verfall der Antifaschistischen Konzentration, die Verstärkung der GL. Die Umrisse ihres ideologischen, politischen Gesichts wurden immer schärfer. Der Kampf zwischen den Parteifraktionen wurde von Tag zu Tag stärker, auf Druck der Linksgerichteten und der bedeutenden Mehrheit der Mitgliedschaft ließ der Antikommunismus immer mehr nach. Der XXII. Kongreß widerspiegelte diesen Krisenzustand, auch das Suchen des Auswegs. Dieser Prozeß war aber noch im ersten Stadium, die Mehrheit der Delegierten und die Parteileitung beharrten nicht auf dem Alten; die Beschlüsse des Kongresses beschränkten sich auf die Verstärkung der früheren Richtungslinie der Partei.<sup>28</sup> Große Aufmerksamkeit wurde der Frage der antifaschistischen, kriegsgegnerischen Akzionseinheit des Proletariats gewidmet. Selbst das Referat, das Pietro Nenni hielt, erörterte diese Frage ausführlich. Ein Teil der Gegensätze schätzte er als „künstlich“ und als „in Diskussion entstandene“ ein. Die zwei Bewegungen unterscheiden voneinander in der Beurteilung der Diktatur des Proletariats — betonte Pietro Nenni. Die Italienische Sozialdemokratische Partei bekannte sich zur Diktatur des Proletariats, zur Lehre von Marx und Engels in reformistischer, evolutionistischer und fatalistischer Entstellung. Dementsprechend — wie es P. Nenni auf dem XXII. Kongreß erörterte — wächst das Proletariat gleichzeitig mit der Entwicklung und Organisiertheit des Kapitalismus und der Industrie an, dann ergreift die Mehrheit innerhalb der Gesellschaft die Macht und organisiert ihre Diktatur. Diese Lehre über die Diktatur des Proletariats konfrontierte er mit der Lehre der Kommunisten und mit deren Verwirklichung in der Sowjetunion. Als ein weiteres Hindernis der Aktions-einheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bezeichnete Pietro Nenni die antisozialdemokratische Politik der Kommunisten. Er wiederholte die Antwort der Italienischen Sozialdemokratischen Partei vom 27. März an die Kommunisten, die Vorbedingung der Aktions-einheit ist die Verhandlung zwischen den beiden Internationalen. Er weckte Hoffnung mit seiner Aussage, die Italienische Sozialdemokratische Partei, „auf die rechte Antwort“ der Komintern wartend, „kämpft gegen

keine antifaschistische Partei, und besonders nicht gegen die Kommunisten.“<sup>29</sup>

In der Diskussion über den Bericht, der den Standpunkt der Mehrheit ausdrückte, vertrat Modigliani eine extrem rechte Position. Er erklärte, er glaube an die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gar nicht.<sup>30</sup> Die aktivsten Teilnehmer der Diskussion waren die Vertreter der Linken. Sie kritisierten fast alle Punkte scharf, in denen Nenni die alte Richtungslinie der zwingenden Neuen gegenüber verteidigte. Sie wiesen darauf hin, die deutsche Sozialdemokratie und die Sozialistische Arbeiterinternational seien daran schuld, daß der Faschismus die Macht ergreifen konnte. Die Fehler sind in der Politik der „Kollaborierung“ mit der Bourgeoisie zu suchen, zurückgehend bis zum Jahre 1918.

„Will die Internationale nicht zugrundegehen, muß sie sich radikal erneuern“ hob einer von ihnen hervor. Sie stellten fest, es ist nicht richtig, daß die Partei nur „lauter Negatives“ über die Sowjetunion erwähnt und den „demokratischen Sozialismus“ glorifiziert, obwohl „es Tatsache ist daß der demokratische Sozialismus zusammenbricht . . . während der russische Sozialismus trotz seiner Fehler noch immer an der Macht ist.“ Sie verurteilten die Bündnispolitik der Partei, die sich in der Antifaschistischen Konzentration verkörpert und drängten mit Nachdruck auf die Aktionseinheit mit den Kommunisten. Sie bewiesen, die kommunistischen und sozialistischen Arbeiter der Fabriken und Betrieben wollen trotz der ideologischen Gegensätze die Einheitsfront. Sie forderten, die Partei soll für die Aktionseinheit Schritte unternehmen und ihre Position aufgeben, in der sie sich auf die Beschlüsse der Sozialistischen Arbeiterinternationalen beruft.<sup>31</sup> Es fielen aber nicht 10% der Stimmen auf die verschiedenen Beschlüßanträge der Linken.<sup>32</sup> Gleichzeitig damit wurde der außerordentliche Kongreß der Französischen Sozialistischen Partei abgehalten. Hier bekam die linke Fraktion, die die Aktionseinheit mit den Kommunisten forderte, nur 6% der Stimmen.<sup>33</sup> Eben dieser Kongreß zeigte, daß nach Hitlers Machtantritt neben der Einheitsfrontpolitik der sozialdemokratischen Parteien – bei der französischen sehr intensiv in Form des Neosozialismus – auch eine Gegentendenz zu beobachten war, die die Steigerung des Antkommunismus und noch engere Kollaboration mit der Bourgeoisie wollte. Der Neosozialismus war in Belgien noch stärker, in der Italienischen Sozialistischen Partei zeigte nur Modigliani Sympathie zu den französischen neosozialistischen Ideen.<sup>34</sup> Pietro Nenni verurteilte in seinem Kommentar zum Avignoner Kongreß die neosozialistischen Ideen scharf.<sup>35</sup>

Im Frühling 1933 begann die Herausbildung der antifaschistischen Einheitspolitik nach den Aufrufen zur Aktionseinheit sowohl in der Internationale als auch in der italienischen Arbeiterbewegung zu stocken, das bedeutete aber keine Rückkehr zur Vergangenheit. Das verhinderten vor allem die tragischen Ereignisse der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Im Frühling 1933 zerfiel die deutsche Arbeiterbewegung mit



beispielloser Geschwindigkeit unter den Schlägen des Faschismus. Nachdem Hitler am 24. März vom Reichstag die Vollmacht erhielt, rechnete er zuerst mit den Kommunisten ab. In kaum mehr als einem Monat wurden 50 000 Kommunisten verhaftet und eingekerkert, dann wurde die Kommunistische Partei selbst verboten. Die Sozialdemokraten wollten mit Hitler einen Kompromiß schließen. Die Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei brach darum ihre Beziehungen mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale ab, in der Sitzung des Reichstags am 19. Mai stimmten allen anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten dem außenpolitischen Programm Hitlers zu, und am 1. Juni 1933 wurden alle jüdischen Mitglieder aus dem Parteivorstand entfernt. Auch die Sozialdemokratische Partei entging ihrem Schicksal nicht, am 22. Juni verbot die Hitlerregierung der Sozialdemokratie jede politische Betätigung. Auch die Leiter der Gewerkschaften erklärten sich umsonst bereit, mit den Faschisten zu arbeiten. Mit dem Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie machte auch eine ganze historische Perspektive, die Taktik und Strategie des „weniger Schlechten“ Bankrott. Die deutsche Sozialdemokratie propagierte über ein Jahrzehnt die Überzeugung und den Glauben, „die liberale Bourgeoisie“ bewahre ihre positive Funktion; sie äußerte ihr Vertrauen an der kapitalistischen Stabilisation (die Stabilisation betrachtete sie selbst als das Ziel der Arbeiterbewegung); sie erregte Antipathie, oft Hysterie gegen „den roten Faschismus“, „den Bolschewismus“; sie setzte sich dem Chauvinismus der herrschenden Klassen nicht entgegen, mit der Losung „Das Schlechte vermeiden!“ war sie zu allen Kompromissen bereit.

Viele Mythen, Thesen, Standpunkte der deutschen Sozialdemokratie veranlaßte einige Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterinternationale zum Umdenken. Unter den bedeutenden Anregern war auch Pietro Nenni. „Die deutsche Sozialdemokratie“ — schrieb er Anfang Juli 1933 — „besiegte nicht Hitler, sondern der eigene Konformismus, dessen offenbarste Äußerung die 'Vorsicht' im Jahre 1919 war und die letzte das schamhafte Zustimmung von 70 sozialdemokratischen Abgeordneten zur Außenpolitik Hitlers, und die Außenpolitik ist nicht von der Innenpolitik zu trennen ... Will die Sozialdemokratische Arbeiterinternationale die deutschen Erfahrungen zum eigenen Nutzen verwenden — sie darf sich mit der Kritik der Folgerungen nicht verspäten! —, muß sie bis zur Quelle des Schlechten gehen, den Opportunismus, die Korruption im Parlament verurteilen, wiedergewinnen den antikapitalistischen Charakter des Sozialismus, trügen sie auch demokratische und republikanische Masken.“<sup>36</sup> Die mit den Nazis Kollaborierung suchende Politik der deutschen Sozialdemokratie rief scharfe Mißbilligung bei vielen anderen sozialdemokratischen Parteien, sogar in deren Leitungen hervor. Es war eine so scharfe Kritik zu hören — neben der von Pietro Nenni —, mit der früher nur die Kommunisten die Deutsche Sozialdemokratische Partei tadelten. Mehrere linksgerichtete Sozialdemokraten wiesen als erster Element der Lehre auf die objektiv konservative Funktion des deutschen Sozialdemokratismus hin, und daraus resultiert eigentlich das Suchen der Einheit mit den Kommunisten.

ten. Im Sommer 1933 war dieser Prozeß aber noch im Anfangsstadium – auch im Falle der fortgeschrittensten Parteien.<sup>37</sup>

In der Kommunistischen Internationale begann vorläufig die kritische Analyse der fehlerhaften Politik der Komintern und der deutschen Sozialdemokratie. Die Versuche der deutschen Sozialdemokraten, mit den Nazis zu kollaborieren und die Tatsache, daß die Sozialdemokraten den illegalen Kampf gegen den Faschismus nicht aufgenommen hatten, führten sogar zur Verstärkung der früheren Meinungen über die Sozialdemokratie.<sup>38</sup> Auch Gegentendenzen waren zu beobachten. Mit dem Ausbau der faschistischen Diktatur wuchs das Gewicht Frankreichs als Lürgerlich-demokratisches Landes. Nachdem die Kommunistische Partei Deutschlands in die Illegalität gedrängt wurde, blieb nur die französische kommunistische Partei unter den in den kapitalistischen Ländern wirkenden kommunistischen Parteien die einzig legale, über eine breite Massenbasis verfügende Partei. Und eben in Frankreich sind wichtige Ergebnisse in Form der Amsterdam–Pleyel–Bewegung geboren. An der Bewegung nahmen auch italienische Kommunisten teil, und ihre Tätigkeit blieb nicht ohne Wirkung auf die sozialistischen und parteilosen Arbeiter.<sup>39</sup>

Damals wollte sich aber nur eine Minderheit der sozialdemokratischen Parteien der Einheitsfront mit den Kommunisten nähern. Das widerspiegelte sich auf der Konferenz der Sozialistischen Arbeiterinternationale vom 21–25. August 1933 in Paris. Auf der Konferenz wurden 36 sozialdemokratische Parteien aus 30 Ländern von 142 Delegierten vertreten.<sup>40</sup> Von der Konferenz erwartete man unter den Sozialdemokraten – wie es die Anträge der einzelnen Parteien an die leitenden Organe der Sozialistischen Arbeiterinternationale von der Konferenz zeigen –, daß sie aus dem Bankrott der deutschen Sozialdemokratie die Lehren zieht, daß sie Veränderungen in der Sozialistischen Arbeiterinternationale durchführt, daß sie für den Kampf gegen die Faschisten den Parteien konkrete Direktiven gibt.<sup>41</sup> Schon aus den der Konferenz unmittelbar vorangehenden Besprechungen – die die Parteiführer untereinander geführt hatten – stellten sich die großen Meinungsunterschiede zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien heraus, so wurde weder ein einheitlicher Bericht noch ein einheitlicher Beschlußantrag der Konferenz vorgelegt.<sup>42</sup> Am ersten Konferenztag sprach Pietro Nenni in Vertretung der italienischen kommunistischen Partei.<sup>43</sup> Er konstatierte die außerordentlich schwere Lage der sozialdemokratischen und der ganzen Arbeiterbewegung, den Bankrott des sozialdemokratischen Reformismus, was sich am prägnantesten am Beispiel der Deutschen Sozialdemokratischen Partei zeigte. Die aus dem Machtantritt des Faschismus zu ziehenden Lehren suchend kritisierte er die deutsche, englische Parteien und die Mehrheit der zur Sozialistischen Arbeiterinternationale gehörenden Parteien. Er behauptete, er glaube nicht, daß das Vordringen des Faschismus mit der Teilnahme an den bürgerlichen Regierungen aufzuhalten wäre. Die Politik „des weniger Schlechten“ war der Grundpfeiler des sozialdemokratischen Reformismus. Diese Politik ist darauf aufgebaut worden, daß die Sozial-



demokraten mit den „produzierenden“ liberalen Bourgeoisie zusammenarbeiten muß. Der Grundsatz des Reformismus, die Verteidigung des Liberalismus, die Verteidigung der auf freiem Wettbewerb bauenden Demokratie – argumentierte Nenni – wurde eben durch die letzte wirtschaftliche Entwicklung überholt. Die „New Deal“ in den Vereinigten Staaten, der Fünfjahresplan in der Sowjetunion, die „Pläne“ der faschistischen Länder bedeuten – obwohl mit unterschiedlichem Zweck – doch die Liquidierung des Liberalismus.<sup>44</sup> Nenni konnte damals die neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Züge des sich infolge der Weltwirtschaftskrise umformierenden Kapitalismus noch nicht genau einschätzen und beschreiben (nämlich die Entwicklung des Staatskapitalismus), nahm aber diese neuen Erscheinungen wahr, und aufgrund ihres Erkennens kritisierte er auch seine eigene Partei.<sup>45</sup> Die Erfahrungen der Krise der bürgerlichen Demokratie, des Bankrotts der Politik der Kollaborierung und der Folgen der Weltwirtschaftskrise verallgemeinernd, zog er die Schlußfolgerung, daß die sozialdemokratischen Parteien und die Sozialistische Arbeiterinternationale eine klassenmäßige, revolutionäre Linie ausbilden sollen: „... entweder vernichten wir das kapitalistische Monopol der Produktion und des Tausches, oder schaffen eine echte gesellschaftliche Demokratie, oder der Kapitalismus wird unsere politischen und gewerkschaftlichen Organe vernichten, austretend aus den Rahmen der Demokratie, sie zur Diktatur umgestaltend.“<sup>46</sup> Er setzte sich mit der Ansicht der Passivität auseinander, wonach die faschistische Diktatur von selbst infolge ihrer inneren Gegensätze zusammenfalle und betonte: „Der Hitlerismus in Deutschland wird morgen oder in fünf oder zehn Jahren nicht durch die Schläge der Reichswehr niederstürzen, sondern durch die Schläge der Revolution des Proletariats.“<sup>47</sup>

Pietro Nenni sprach in der Zusammenfassung seines Berichtes über die immer größere Rolle und Verantwortung der Arbeiterklasse: in den Ländern, in denen der Kapitalismus siegt, dort muß sie für seine Liquidierung kämpfen, wo die bürgerliche Demokratie herrscht, dort den Machtantritt des Faschismus verhindern. Die Arbeiterklasse kann ihrer Berufung ohne Einheit nicht Genüge tun. „Darum ist die Aktionseinheit des Proletariats vor allem nötig.“<sup>48</sup> (Die Erkenntnis des Bedürfnisses der Arbeitereineitsfront gegen den Faschismus bedeutete aber keine Absage an die Opposition gegen die kommunistische Bewegung und die Sowjetunion.<sup>49</sup> Am Ende seines Vortrags schlug er im Namen der Italienischen Sozialistischen Partei vor, daß die Sozialistische Arbeiterinternationale das Exekutivkomitee der Komintern“ um das Organisieren einer gemeinsamen Konferenz der zwei Internationalen zur Untersuchung der Fragen der Aktionseinheit“ bitte.<sup>50</sup>

Die Italienische Sozialistische Partei wurde damit eine der tonangebenden Parteien der Linken innerhalb der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Diese Linke blieb aber auf der Konferenz im August nur eine geringe Minderheit ihr Beschlußantrag über die gemeinsame Verhandlung zwischen der Kommunistischen Internationale über die Aktionseinheit gegen den Faschismus und den Krieg bekam von 310 Stimmen nur

19.<sup>51</sup> Die Entscheidung lag bei den Parteien, die gegen die Aktionseinheit waren. Die Sozialistische Arbeiterinternationale faßte schließlich mit der Vereinigung des Beschlußvortrags von L. Blum und O. Bauer (welche in Worten für die Einheitsfront waren) und dem Standpunkt der Mehrheit (der starr und in aller Form gegen die Aktionseinheit war) einen solchen Beschluß, der im Vergleich zum Aufruf im Februar einen wesentlichen Rückschritt bedeutete; die Einheitsfrontangebote der Kommunistischen Internationale und der kommunistischen Parteien erklärte der Antrag für ein Manöver, die Parteien der Sozialistischen Arbeiterinternationale durften keine Verhandlungen mehr über die Einheitsfront führen. Es blieb ein einziger Weg zur Aktionseinheit übrig: dem Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale wurde das Recht nicht entzogen, über Verhandlungen mit der Kommunistischen Internationale in der Zukunft zu entscheiden.<sup>52</sup>

Die Konferenz der Sozialistischen Arbeiterinternationale im August 1933 enttäuschte die Arbeitermassen der Sozialdemokratie, die Linken. Das Zentralblatt der Italienischen Sozialistischen Partei setzte sich in seinem, die Konferenz einschätzenden Artikel bitter-ironisch mit dem Beschlußantrag und mit den großen rechtsgerichteten Parteien der Sozialistischen Arbeiterinternationale auseinander.<sup>53</sup>

Die Kommunistische Internationale und ihre Presse hob nur die Grundfehler der Pariser Konferenz hervor, die Differenzierung der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die Entwicklung der Linken – als „Manöver“ – schätzte sie negativ ein.<sup>54</sup> Sie sah und wertete die Möglichkeiten nicht, die die Konferenz gebracht hatte; unter ihnen, daß die rechte Mehrheit die französischen Sozialisten nicht zurückdrängen konnte, daß auch der Beschlußantrag die Einheitsfront-Verhandlungen ermöglichte.<sup>55</sup> Die Konferenz der Sozialistischen Arbeiterinternationale im August trug zur Wiederverstärkung der sektiererischen Einschätzung und Interpretierung der Sozialdemokratie und der Aktionseinheit in der Leitung der Kommunistischen Internationale und in den kommunistischen Parteien bei. In der zweiten Hälfte des Jahres 1933 sind solche Artikel in der Presse der Komintern und der Italienischen Kommunistischen Partei serienmäßig erschienen, in denen die alten Argumente und der alte Ton wiederzufinden waren.<sup>56</sup> Es war sogar Angst vor dem Erscheinen „opportunistischer“ Elemente in den Reihen der Kommunisten zu beobachten, die sich mit den „Sozialfaschisten“ vereinbaren wollen. Die Kommunistische Presse bezeichnete die wichtigsten Merkmale des Opportunismus unter den Kommunisten wie folgt: Die Unterschätzung oder Verneinung der Tatsache, daß die Sozialdemokratie auch weiterhin die Hauptstütze der Bourgeoisie ist; die offene Verneinung, daß sie auch in den Ländern der faschistischen Diktatur diese Rolle spielt; Unterschätzung der Gefahr der scheinbar linken Manöver der Sozialdemokraten; die opportunistische Entstellung der Einheitsfront-Taktik.<sup>57</sup> Die Komintern und die Italienische Kommunistische Partei vertraten, ihren früheren Standpunkten gemäß, in der Interpretierung der Einheitsfrontpolitik eine sektiererische Richtung.<sup>58</sup>



Die letzte, verstärkende Station der auf der X. Plenartagung des Exekutivkomitees der Komintern adaptierten sektiererischen Linie war die XIII. Plenartagung<sup>59</sup> (vom 28. November bis zum 12. Dezember 1933). Die Plenartagung hatte eine führende Rolle an der Ausarbeitung der antifaschistischen Einheitsfrontpolitik der Komintern zu spielen gehabt, hier hätte man ja aus der Machtergreifung des Faschismus in Deutschland die Lehren ziehen müssen (die vorangehende XII. Plenartagung tagte im August-September 1932). Unter den angenommenen Thesen<sup>60</sup> ist die Definition über den Klassencharakter der faschistischen Diktatur – „Der Faschismus ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ – zu finden.<sup>61</sup> Die über den Faschismus angenommenen Thesen ließen keinen Zweifel daran, daß die kommunistische Bewegung als Hauptfeind des Proletariats den Faschismus betrachtet. Sie wiesen darauf hin, daß mit dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland die Gefahr des Krieges zunahm. Andererseits aber, teils im Gegensatz zur Definition über den Faschismus und zur letzteren Schlußfolgerung betrachtete das Plenum den Faschismus als den offensichtlichsten Beweis der allgemeinen Krise und Schwäche des Kapitalismus. Das Plenum leitete daraus die Folgerung ab, die Aufgaben der kommunistischen Bewegung sind die in der akuten, direkt revolutionären Lage gegebenen Aufgaben.<sup>62</sup> Das Plenum erklärte die seit der XII. Plenartagung geführte Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands eindeutig für richtig<sup>63</sup> und unternahm keine kritische Analyse der Taktik der kommunistischen Bewegung. Es verband die vorwärtsweisenden Feststellungen mit keinen modifizierenden Folgerungen. In den Referaten und in den Beiträgen der kommunistischen Parteiführer – auch in der Rede von Togliatti – und in den Beschlüssen bekam die Lösung des Sozialfaschismus und das Einheitsfrontangebot von unten ein größeres Gewicht als früher,<sup>64</sup> die Polemik war sogar auf dieser Tagung gegen die am stärksten, die auf der Ebene der Taktik über eine Modifizierung sprachen.<sup>65</sup>

Im Namen der Italienischen Kommunistischen Partei meldete sich Togliatti in der Diskussion über den Faschismus zum Wort.<sup>66</sup> Seine Feststellungen, seine Folgerungen stimmten mit denen der Plenartagung genau überein.<sup>67</sup> Er hielt auch die Schlußrede der XIII. Plenartagung des Exekutivkomitees der Komintern.<sup>68</sup> In seiner Rede gab er die Zusammenfassung der damaligen Politik der Kommunistischen Internationale und widerspiegelte die Ansicht der Parteileitung. Die Tatsache, daß er mit dem Abschließen des Plenums beauftragt wurde, drückte seine Rückkehr in die Leitung der Komintern aus, sowie deren Erkenntnis, daß die Erfahrungen und Fähigkeiten – die Treue zur Kommunistischen Internationale –, über die Togliatti verfügte, zur Lösung der immer mehr zunehmenden Schwierigkeiten in der Politik der Kommunistischen Internationale nötig sind.<sup>69</sup>

Die Voraussetzungen der Einheitsfrontpolitik hängten natürlich nicht nur von Beschlüssen des Exekutivkomitees der Kommunistischen

Internationale ab, sondern sie wurden Ende 1933, Anfang 1934 von anderen nationalen und internationalen Kräften und Ereignissen beeinflusst. Wie z. B. die Herausbildung des Volksblocks aus Kommunisten, Sozialisten und Republikanern anlässlich der Wahlen in Malaga (Spanien)<sup>70</sup> die Solidaritätsaktionen, die Sympathieäußerungen unter den demokratischen und sozialistischen Massen, die das Verhalten Dimitroffs im Reichstagprozeß ausgelöst hat.

Zum Wendepunkt der Arbeiter-Aktionseinheitspolitik führten aber erst die Zusammenstöße mit dem Faschismus im Februar 1934 in Frankreich und in Österreich. Im Frankreich zeigten die Ereignisse am 6., 9. und am 12. Februar nicht nur die Möglichkeit des Zurückdrängens des Faschismus durch das gemeinsame Auftreten der Arbeiterklasse, sondern auch, daß der Standpunkt der zwei großen Arbeiterparteien, sich gegen die Aktionseinheit auszusprechen, nicht mehr zu halten ist. Es ist bekannt, daß die Einheit der demonstrierenden Arbeiter auf den Straßen von Paris und anderer Städte „über den Köpfen“ der Parteiführer zustande gekommen ist und diese Aktionseinheit in den offiziellen Vereinbarungen der zwei großen Parteien erst Monate später zur Kenntnis genommen wurde. Von diesen Tagen ab begannen die gemeinsamen Vereinbarungen die Konkretisierungen der Aktionseinheit auf verschiedenen Gebieten und in verschiedenen Gegenden Frankreichs.

In Österreich führte der Zusammenstoß zwischen den Arbeiterorganisationen und dem Faschismus in der Zeit vom 12–16. Februar zu einem anderen Ergebnis als in Frankreich. Der Faschismus siegte über den Arbeiteraufstand. Der Bankrott des sozialdemokratischen Reformismus gegen den Faschismus wurde erneut bewiesen, viel eindeutiger noch als in Deutschland. Dort wurde als Ursache des Machtantritts des Faschismus und der Niederlage der Arbeiterklasse die Politik der Kommunistischen Partei betrachtet, und besonders die rechten sozialdemokratischen Parteien, aber auch die Führer der Zentristen, schoben die Verantwortung den Kommunisten zu, sie beschuldigten sie des Mangels an gemeinsamem Auftreten. Die Zahl der Mitglieder und der Einfluß der kommunistischen Partei war in Österreich neben den Sozialdemokraten gering,<sup>71</sup> und die Verantwortung der Sozialdemokratie war offensichtlich. Man konnte nicht sagen, daß „die spalterische Politik der Kommunisten“ zur Niederlage führte. Sogar die Wertung „der gleichen Verantwortung“ war nicht zu halten.

Die Niederlage des Wiener Aufstands bestätigte in der Komintern und direkt in der Österreichischen Kommunistischen Partei nicht die kommunistisch-sozialistische Einheitsfront-Politik, sondern den Beschluß des XII. Plenums, daß heißt, die Aktionseinheit von unten und die Einschätzung des Sozialfaschismus. Die kommunistische Presse schrieb vor allem über den Bankrott des österreichischen Sozialdemokratismus.<sup>72</sup> Andererseits veranlaßte aber das Verhalten der österreichischen linksgesinnten Sozialdemokraten und die Stellungnahmen ihrer Parteiführer – Otto Bauer, Julius Deutsch, Koloman Wallisch – die Modifizierung der Wertung des linken Flügels in der Sozialdemokratischen



Partei. In der Sozialistischen Arbeiterinternationale bekräftigte der Wiener Aufstand die Positionen und Bestrebungen der Linken. Nach dem Bankrott der deutschen Sozialdemokratie bewies das österreichische Beispiel noch einmal die Unzulänglichkeit der opportunistischen Politik. Die Linken bekamen neue Beweise, und ihre Reihen vermehrten sich durch emigrierte Demokraten, unter ihnen angesehene Parteiführer.

Nach den Pariser und Wiener Ereignissen im Februar 1934 wurden die Gegensätze zwischen den Parteileitungen und den Basen der Sozialdemokraten und den Kommunisten in der Frage der Aktionseinheit, in der Einschätzung der realen Lage immer stärker — vor allem in Frankreich, sowohl in der Französischen Kommunistischen Partei als auch in der Sozialdemokratischen Partei.<sup>73</sup>

Die Einheitsfrontpolitik ging trotz des toten Punktes auf der obersten Ebene unverändert weiter, in die Richtung des Fortschritts mit dem Ziel der Umgestaltung der sowjetisch-französischen zwischenstaatlichen Beziehungen.<sup>74</sup> Im Frühling 1934 wurde die Forderung der Aktionseinheit auch in der Französischen Sozialdemokratischen Partei stärker, das widerspiegelte der Kongreß am 20. Mai 1934 in Toulouse. Obwohl die Mehrheit des Kongresses den Vorschlag der Linken zum Anschluß an die Amsterdam-Pleyel-Bewegung und auch den Vorschlag, daß die Partei zur Fortführung der Verhandlungen mit der Kommunistischen Arbeiterinternationale eine Delegation schicke, ablehnte, zeigen diese Vorschläge doch, daß die Linken sich um die Schaffung der Aktionseinheit bemühten; und die Abstimmungsergebnisse zeigen auch das Vorwärtsdrängen der Linken innerhalb der Partei. Diese Beschlußvorschläge bekamen nämlich den 1/3 der Stimmen.<sup>75</sup>

Das Exekutivkomitee der Französischen Kommunistischen Partei analysierte am 31. Mai 1934 die Veränderung in der sozialistischen Partei. Es wendete sich an die Mitglieder, an die örtlichen Organisationen — auch an die Leitung! — mit einem Aufruf und schlug das Organisieren einer gemeinsamen Kompanie für die Verfolgten des Faschismus — für Thälmann, Gramsci und andere — vor. Im Aufruf wurde ausgedrückt, daß die Französische Kommunistische Partei bereit ist, mit der Französischen Sozialistischen Partei eine weitgehende Vereinbarung zu schließen. Diese Vorschläge wurden am 5. Juni wiederholt, und am 11. Juni trafen sich die Delegationen der beiden Parteien zum ersten Male. Diese Besprechung brachte aber noch keine Vereinbarung zustande. Am 15. Juni wiederholte Thorez in der Abgeordnetenkammer die Vorschläge der Französischen Kommunistischen Partei. Die Leiter der Französischen Sozialistischen Partei lehnten am 21. Juni mit 22 Stimmen gegen 8 die kommunistische Vorschläge noch immer ab.<sup>76</sup> Bald veröffentlichten die sozialistischen Zeitungen die Vorschläge der Französischen Sozialistischen Partei über einen sozialistisch-kommunistischen Nichtangriffspakt. Die Veränderungen innerhalb der Französischen Sozialistischen Partei waren auf der in Ivry gehaltenen Landeskongferenz am stärksten (in der Zeit vom 23–26. Juni 1934) spürbar.<sup>77</sup> Auf der Tagesordnung stand allein „Das Organisieren der Einheitsfront des antifaschistischen Kampfes“.

Die Thesen des Kongresses, besonders das Referat von Thorez, die Diskussion und die Schlußrede zeigen die Modifizierungen in der Strategie der Französischen Sozialistischen Partei.

Im Juli verstärkte sich die Einheitsbewegung in Frankreich weiter, und nach einer Reihe von persönlichen Verhandlungen zwischen den Führern der beiden Parteien unterschrieben sie am 27. Juli 1934 als erste in der internationalen Arbeiterbewegung den antifaschistischen Aktions-einheit-Vertrag der zwei Parteien.<sup>78</sup> Der Vertrag ist ein bemerkenswertes Ereignis im französischen politischen Leben, diesbezüglich wurde Frankreich Bahnbrecher der internationalen Arbeiterbewegung. Die Französische Kommunistische Partei erwarb große Verdienste mit der Organisation der Einheitsbestrebungen, mit ihren elastischen Stellungnahmen und Geduld besiegten sie die Schwankungen der Französischen Sozialistischen Partei.

Der Aktions-einheit-Vertrag der zwei französischen Arbeiterparteien war auf die europäische Arbeiterbewegung von großer Wirkung. Die Geschichte der Herausbildung der italienischen Arbeitereinheitsfront zeigt aber, daß diese Wirkung – der Prozeß der Verbreitung der neuen Politik – auch dort, wo sie am direktesten zur Geltung kam, nicht zum mechanischen Nachahmen führte. Die in Frankreich arbeitenden italienischen Arbeiter lebten in der Atmosphäre der Kämpfe der französischen Arbeiterbewegung, und das ausländische Zentrum der Italienischen Kommunistischen Partei war in Paris, so folgte die Italienische Kommunistische Partei wie auch die Italienische Sozialistische Partei dem Weg der Französischen Kommunistischen Partei bzw. der Französischen Sozialistischen Partei von Schritt zu Schritt.

Anfang 1934 reagierte von den beiden Parteien der italienischen Arbeiterbewegung die sozialistische Partei empfindlicher.<sup>79</sup> Togliatti, die Ereignisse im Februar in Paris kommentierend, kritisierte im alten Ton und mit den alten Argumenten die Französische Sozialistische Partei äußerst scharf.<sup>80</sup> „Die Politik der Französischen Sozialistischen Partei“ – schrieb er – „ist die wirkungsvollste Hilfe, die der Faschismus zum Machtantritt bekommen kann.“, und er betrachtete als einziges, wahres antifaschistisches Ziel die Diktatur des Proletariats. „In Frankreich muß man nicht mehr sagen, um dem Faschismus den Weg zu versperren, – was möglich ist, weil alle Bedingungen dazu gegeben sind – was die Sozialisten sagen, ‚Rettet in Europa die letzte Basti des Demokratismus‘, sondern, ‚Öffnet in ganz Europa den Weg für die Revolution des Proletariats.‘“<sup>81</sup> Die Italienische Kommunistische Partei bekannte sich auch noch im Mai zu der Auffassung, wonach die proletarische Einheitsfront der Block der Arbeiterparteien ist und erklärte sie für einen „Liquidator“ und „antirevolutionär“.<sup>82</sup> Die Krise der Antifaschistischen Konzentration, den starken Linksdruck der Italienischen Sozialistischen Partei, wertete die Italienische Kommunistische Partei als Zeichen der neuen Manöver der italienischen Sozialdemokratie, der GL und der „Trozisten“, um „ihrer mit dem Kapitalismus kollaborierenden Funktion“ besser Genüge zu tun; die Italienische Sozialistische Partei warf



jeden in einen Topf, sie nannte Pietro Nenni, Modigliani, Bruno Bouzzi „Philosfaschisten“, den Leiter der GL, Rosselli, sogar „Dissidentfaschisten“.<sup>83</sup> Im Juli aber, in der Zeitschrift der Italienischen Kommunistischen Partei, ist im Leitartikel von Togliatti „Für die Aktionseinheit des Proletariats“ zu lesen: „Wir wollen die Verwirklichung der Einheitsfront. Wir wollen es ehrlich, daß die Italienische Sozialistische Partei die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Vereinigung aller Kräfte des italienischen Proletariats gegen den Faschismus und den Krieg mitfühle und ihre Zustimmung zu dieser Pflicht gäbe... Wir tun unser Möglichstes, um die gemeinsame Aktion mit der Italienischen Sozialistische Partei zustandezubringen. Wir fühlen; daß eine solche Kampvereinbarung die Forderung der Massen und vor allem die unseres Vaterlandes ist.“<sup>84</sup> In der Einheitsfront-Auffassung der Italienischen Sozialistischen Partei trat die Wendung erst im Juli 1934, dann aber in ein paar Tagen, ein.<sup>85</sup>

Die Italienische Sozialistische Partei gelangte durch einen tiefen Krisenprozeß zur Wende, durch die harten Diskussionen zwischen den Richtungen der Partei und den Organisationen der Antifaschistischen Konzentration. Im Februar 1934 griff einer der Leiter der GL, Emilio Lusso, „den italienischen konventionellen Sozialismus“ wegen der Machtübernahme des Faschismus in Italien, Deutschland und Österreich scharf an.<sup>86</sup> „Einige reaktionäre Briganten reichen aus, um zu zerstören, was die Proletarorganisation in 40 Jahren errang. Es ist kein Lärm der Maschinengewehre nötig, es genügt lediglich der Lärm des Milchwagens auf dem Kopfplaster, damit sich alles zerstreue, was revolutionäres Heer sein sollte.“ Er griff die deutsche Sozialdemokratie mit beißendem Hohn an, die „immer wissenschaftlich untersucht, wo und wie die Katastrophe zu finden ist... Den größeren Teil der Verantwortung auf den Widerstand der Kommunisten abzuwälzen – setzte Emilio Lusso fort – ist eine wohlgefällige Sache. Die Kommunisten sind wegen ihrer Fehler von zynischer, sektiererischer Herkunft zu bedauern, aber ihre Kampfbereitschaft – sie verfügten über keine Regierungsmacht und über keine Polizei – war immer sehr lebendig. Von den Sozialisten und Nazis angegriffen, waren sie der Amboß zwischen zwei Hämmern. Ihre Fehler standen größtenteils im Zusammenhang mit den Fehlern der Sozialisten, sie entstammten ihnen sogar.“ Die Schlußfolgerung des Artikels von Lusso war, daß man in der veränderten Lage die ganze Geschichte des italienischen Antifaschismus umwerten und die bisherige Linie unter Revision nehmen muß, damit unter der Hegemonie der Ideen der GL eine neue antifaschistische Partei entstehen kann. Nach der heftigen Antwort der Sozialisten<sup>87</sup> vertiefte sich die Krise der Antifaschistischen Konzentration im April-Mai noch weiter. Bald schlug der Leiter der GL, Carlo Rosselli, die Gründung einer einheitlichen republikanisch-sozialistischen Partei vor.<sup>88</sup> Der Vorschlag wurde aber sowohl von den Republikanern als auch von den Sozialisten abgewiesen. Es blieb also nichts anderes übrig, als die Antifaschistische Konzentration aufzulösen (am 5. Mai 1934).<sup>89</sup>

In der Antifaschistischen Konzentration war die Diskussion zwischen der Italienischen Sozialistischen Partei und der GL nicht der Grund,

sodern nur die Erscheinungsform dieses Prozesses, der sich nach der Macht übernahme Hitlers beschleunigte indem bewiesen wurde – und das erkannten die Führer der Antifaschistischen Konzentration stufenweise an, –, daß das Programm, die Tätigkeit, die Form der Antifaschistischen Konzentration weder den Anforderungen der in- und ausländischen Aufgaben noch den daran teilnehmenden Kräften entsprachen. Die ideologische Plattform und die politische Handlungslinie der Teilnehmer der Antifaschistischen Konzentration wurden selbständig. Einerseits die GL, die sich eigentlich im Rahmen der Antifaschistischen Konzentration zu einer eigenständigen Bewegung entwickelte und nach dem Auflösen der Antifaschistischen Konzentration ihre Unabhängigkeit auch formell erklärte,<sup>90</sup> andererseits die Italienische Sozialistische Partei – auf Wirkung der französischen Ereignisse – machten die ersten Schritte zur Begegnung mit der außer der Antifaschistischen Konzentration existierenden Partei, mit der Italienischen Kommunistischen Partei. Auf das Teilnehmen der Italienischen Sozialistischen Partei wirkte noch ein anderer Faktor, und zwar der, daß seit 1933 im Vaterland, in Italien, unter der Leitung von Rodolfo Morandi das illegale Heimische Zentrum (Centro Interno) der Partei organisiert wurde.<sup>91</sup> Das heißt, es kam neben der ausländischen Organisation der Italienischen Sozialistischen Partei auch die vaterländische zustande, und das ermöglichte und machte erforderlich, daß die Italienische Sozialistische Partei ihre ganze Unabhängigkeit zurückerwirbt. Nach dem Auflösen der Antifaschistischen Konzentration wurde auch die Italienische Sozialistische Partei umorganisiert. Das Zentralblatt der Partei, das bis dahin in der Schweiz erschien, zog nach Paris um und veränderte auch seinen Titel, es hieß nun „Il Nuovo Avant“.<sup>92</sup> Die Verlegung der Presse und der Zentralorgane der Partei nach Paris drückte die Erkenntnis aus, daß das Zentrum des Antifaschismus Paris ist. Auch bezüglich des Inhalts des Zentralblattes war eine Veränderung eingetreten, die Betonung des Arbeiter- und Klassencharakters der Italienischen Sozialistischen Partei wurde in den Vordergrund gerückt, die Ausbildung einer streng klassentypischen ideologisch-politischen Verhaltensform und Phraseologie (zum Teil mit der Erwägung, daß die Italienische Sozialistische Partei unter den Arbeitern so mit den Kommunisten wirkungsvoller konkurrieren könne).

Im Sommer 1934 gestalteten sich die persönlichen Bedingungen zur Verwirklichung der kommunistischen-sozialistischen Einheitsfront günstig. Pietro Nenni, der Sekretär der Partei, drängte immer entschlossener auf die Annäherung zu den Kommunisten nach der Brechung mit der GL, Giuseppe Saragat gab zur Politik von Pietro Nenni in dieser Periode eine eigentümliche ideologische Unterstützung. In der Auffassung von Nenni akzeptierte er – nach den Zustandekommen der Diktatur von Hitler und besonders Dollfuss –, daß die konventionellen sozialdemokratischen Methoden ungenügend sind. Das bedeutete aber nicht, daß Saragat vollkommen die Ansichten von Nenni und den Linken teilte. Er betonte im Gegenteil noch kräftiger, daß die Behütung der Ideen der „Freiheit“ und der „Demokratie“ unter den veränderten Umständen wichtig



ist.<sup>93</sup> Aber sein Widerstand gegen den Kommunismus und die Sowjetunion beschränkte sich damals auf die ideologische Ebene, er gab der Priorität der politischen Interessen nach. Das ist nicht zu unterschätzen, weil Saragat damals schon der angesehenste Führer des rechten Flügels der Italienischen Sozialistischen Partei, die der reformistischen Konventionen treu blieb, war (Turati starb im Jahre 1932, Treves 1933). Weil die Französische Sozialistische Partei und die Französische Kommunistische Partei sich einander näherten, „entfaltete er eine wirkungsvolle Tätigkeit“ im Interesse der kommunistischen-sozialistischen Aktionsgemeinschaft.<sup>94</sup>

Die Wendung innerhalb der Italienischen Kommunistischen Partei gab den entscheidenden Stoß zur Herausbildung der antifaschistischen Einheitsfront der italienischen Arbeiterbewegung. Wie wir oben erwähnt haben, folgte die Italienische Kommunistische Partei seit dem X. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern der Richtung der leitenden Organe der Kommunistischen Internationalen, Anfang 1934 kommentierte die Partei die französischen Ereignisse im alten sektiererischen Geist.

Einige Führer der Komintern griffen die Italienische Kommunistische Partei ungerecht an, und das steigerte noch weiter die Vorsichtigkeit der kommunistischen Parteileitung gegen die neu entstehende Richtung, auch noch im Mai 1934.<sup>95</sup> Ende Juni des Jahres trat eine rasche Wendung in der Einheitsfrontpolitik der Italienischen Kommunistischen Partei ein. Offensichtlich spielten die Veränderungen in der Leitung der Komintern dabei eine große Rolle. Am 28. Mai 1934 tagte das Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern, es wurde die Tagesordnung des VII. Kongresses festgelegt und die Hauptreferanten, Pieck, Dimitroff, Togliatti und Manuïlski gewählt,<sup>96</sup> dann bildeten sich die Kommissionen für die Vorbereitung der wichtigsten Punkte der Tagesordnung (Togliatti war Mitglied mehrerer Kommissionen). Dann richtete das Exekutivkomitee der Komintern einen Brief an das Zentralkomitee der Französischen Kommunistischen Partei, in dem es die Fortschritte ihrer Einheitsfrontpolitik unterstützte und ihr seine Hilfe anbot.<sup>97</sup> Am 14. Juni zeigte sich ein wesentlicher Fortschritt in Richtung der neuen Orientierung auf der Tagung des den 1. Tagesordnungspunkt vorbereitenden Kommission.<sup>98</sup>

Eine weitere, nicht zu überschätzende Rolle spielte der Brief an das Exekutivkomitee der Komintern und an die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Rede von Dimitroff vom 2. Juli 1934 auf der Sitzung der den 2. Punkt vorbereitenden Kommission und der Entwurf des von ihr vorgeschlagenen Referats.<sup>99</sup> Die Wendung in der Auffassung der Italienischen Kommunistischen Partei ist aber nicht nur auf die neue Orientierung der Komintern zurückzuführen, umsoweniger, weil sie sich in den leitenden Organen der Komintern damals noch nicht abspielte.<sup>100</sup> Damit hat also die Italienische Kommunistische Partei – da sie neben der Französischen Kommunistischen Partei die Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten verwirklichen wollte – nicht nur in der italie-

nischen Arbeiterbewegung, sondern auch in der Komintern eine avantgardistische Rolle übernommen.

Die Italienische Kommunistische Partei wandte sich mit neuen Angeboten an die Italienische Sozialistische Partei, ihre Zeitschrift faßte im Leitartikel die neuen Richtungen und den neuen Standpunkt der Partei zusammen.<sup>101</sup> Die Italienische Kommunistische Partei stellte, den Machtantritt des Faschismus in Deutschland und Italien sowie die Ereignisse in Frankreich im Frühling 1934 vergleichend, fest, daß das Beispiel Frankreichs den Wert und die Bedeutung der Einheitspolitik beweist, nämlich: „Wenn sich die Arbeiterklasse einig ist, ist der Sieg des Faschismus zu verhindern. Das französische Beispiel ist demnach von internationaler Bedeutung. Den Eigentümlichkeiten der italienischen Lage entsprechend, dem Interesse und den Forderungen der italienische Arbeiterklasse und des Volkes dienend, müssen die kommunistische und die sozialdemokratische Partei die Einheitsfront verwirklichen“ – In der Stellungnahme der Italienischen Kommunistischen Partei heißt es weiter: „Wir haben beschlossen, alles mögliche für den Aktionseinheit – Vertrag mit der Italienischen Sozialistischen Partei zu tun“. Das Neue, die Wendung liegt in der Konkretisierung des „alles möglichen“: „Diesen Beschluß gefasst, sagen wir aus, wir sind bereit im Interesse der Kampfeinheitsfront der kommunistischen und sozialistischen Arbeiter gegen die Bourgeoisie, den Faschismus und den Krieg Konzessionen zu machen“. Die Italienische Kommunistische Partei erklärte sich zur Einstellung des Angriffs gegen die Italienische Sozialistische Partei während des gemeinsamen Kampfes bereit. Sie rief ihre Mitgliedschaft, ihre leitenden Organe, die sozialistischen Mitglieder auf, alles mögliche für die Einheit zu tun. Der Schlußteil der Stellungnahme ist äußerst interessant und wichtig: „Wir wissen, in dieser Aktion muß der innere Kampf gegen das Sektierertum sehr verstärkt werden. Nur die verdienen den Namen ‚Bolschewik‘, Proletarierrevolutionär, die mit den Massen zusammenhalten und kämpfen, und nicht jene, die auf die Götzenbilder ‚ihres Glaubens‘ starren. In Wirklichkeit haben diese keinen revolutionären Glauben. Der Glaube des Revolutionärs ist der an das lebendige und kämpfende Proletariat.“

Der Oberrat, die breitere leitende Korporation der Italienischen Sozialistischen Partei, tagte in der Zeit vom 14–16. Juli in Paris mit der Aufgabe, die Lage nach der Auflösung der Antifaschistischen Konzentration zu analysieren, und im Zusammenhang mit dem Aufruf der Italienischen Kommunistischen Partei die Stellungnahme und die Grundprinzipien der Partei auszuarbeiten. Im Mittelpunkt des Referats von Nenni standen die Fragen der Beziehung zu den Kommunisten. Die überwiegende Mehrheit des Oberrates nahm zu dem von Nenni vorgelegten Beschlußantrag Stellung. Der Antrag erklärte: „Nach der Aufhebung des Bundesvertrags mit der GL und nach dem Auflösen der Konzentration ist die wichtigste Aufgabe die Liquidierung der Illusion, als ob gegen den Faschismus die Forderung der grundlegenden Freiheitsrechte und der Wiederherstellung des liberalen Staates ausreichte. Tatsachen beweisen, daß der Faschismus als Klassenreaktion und als Macht ein internationaler



Faktor wurde, daß auch der Antifaschismus nicht anders siegen kann als auf internationaler Front, als Antikapitalismus. Also, selbst die Arbeiter dürfen nicht auf äußere Hilfe warten, die Ketten des Faschismus zu zersprengen. Deshalb ist das Problem der nationalen und der internationalen Einheit der Arbeiterklasse so dringend.“ Der Oberrat, ausgehend von diesen Prinzipien, beauftragte die Leitung der Partei mit der Ausarbeitung des Aktionseinheit-Angebots und mit der Annäherung zur Italienischen Kommunistischen Partei, um mit ihr den Vertrag zu schließen.<sup>102</sup>

Die Besprechungen zwischen den zwei Parteien begannen am 27. Juli auf Vorschlag der Italienischen Kommunistischen Partei. Die Delegationen berieten am 27., am 31. Juli und am 6. und 17. August. Während der Verhandlungen wurde der Text des französischen Aktionseinheits-Vertrags zugrundegelegt und weiterentwickelt.<sup>103</sup>

Das erste Ergebnis wurde bereits während der zweiten Beratung erzielt: die zwei Parteien erließen noch vor der Beendigung der Verhandlungen einen gemeinsamen Aufruf an die italienischen Arbeiter gegen den Krieg.<sup>104</sup> Der Aufruf wurde notwendig, weil die Nazis in Österreich am 25. Juli 1934 im Rahmen eines Putschversuches den Kanzler Dollfuß ermordet und die italienischen Regierung zwei Armeekorps an der italienisch-österreichischen Grenze zusammengezogen hatten. „Die Italienische Sozialistische Partei und die Italienische Kommunistische Partei fühlen sich aus dem Anlaß, daß sie über die kämpferische Aktionseinheit der Proletariats gegen den Faschismus und den Krieg eine Diskussion begonnen haben, verpflichtet, einen gemeinsamen Aufruf an die italienischen Arbeiter zu richten...“ — lauten die ersten Worte des Aufrufs, dann weist er auf die Gefahr des Krieges hin und verurteilt die imperialistischen Zielsetzungen Mussolinis. Der Aufruf formulierte den Standpunkt und das Verhalten der Arbeiterklasse folgendermaßen: „Die Italienische Kommunistische Partei und die Italienische Sozialistische Partei sind mit allen Mitteln gegen die Kriegsverbrecher... Dem Arbeiter wird gesagt, es gibt nur einen gerechten Krieg: der der Unterdrückten gegen die Ausbeuter; der Krieg, in dem sich alle Arbeiter unabhängig von der Grenzen verbrüdern, um für den Umsturz des schamlosen Kapitalismus und der faschistischen Diktatur zu kämpfen. Das ist unsere Losung; Keinen Menschen, kein Geld für den Krieg!“ Die Bedeutung des Aufrufs ergibt sich einerseits daraus, daß er seit dem Ausscheiden der kommunistischen Partei aus der sozialistischen — abgesehen von dem erfolglosen Fusionsversuch im Jahre 1923 — der erste Aufruf ist, den die zwei italienischen Parteien gemeinsam unterschrieben. Der Aufruf ist jedoch auch von Bedeutung, weil er die Veränderung des Standpunktes der Sozialisten in Bezug auf den Krieg zeigt. Früher widerspiegeln die Dokumente und die Presse der Partei die in der Sozialistischen Arbeiterinternationale herrschenden, eigentlich zentristisch-pazifistische Ansicht. Und auch die Italienische Sozialistische Partei setzte sich der Lehre des gerechten, revolutionären Kriegs als einer kommunistischen Theorie entgegen. Auch der zitierte Teil des Aufrufs zeigt den Bruch damit, also die Annäherung

der Kommunisten und der Sozialisten auch auf theoretischer Plattform.

Nach dem Erscheinen des Aufrufs trafen sich die Delegierten der beiden Parteien noch zweimal, und am 17. Mai 1934 unterschrieben sie den Aktionseinheits-Vertrag.<sup>105</sup>

In der Einleitung des Vertrags erkennen die Parteien an, „es existieren vorläufig noch grundlegende theoretische, methodische und taktische Unterschiede“ zwischen ihnen. Sie schlossen dennoch einen Vertrag in drei Punkten: 1. Gegen den faschistischen Kriegsversuch; 2. Für die Befreiung der Verfolgten des Faschismus; 3. Für die Freiheitsrechte, für die Verteidigung und Verbesserung der Lebensumstände der Arbeiter. Die gemeinsamen Aktionen beziehen sich also nur auf die direkten Umstände des Kampfes gegen den Faschismus und den Krieg – und das muß noch hinzugefügt werden – sie waren ziemlich eingeschränkt. Die weiteren Kapitel des Vertrags steigerten die Bedeutung des Aufrufs außerordentlich. Schon die Tatsache ist von großer Bedeutung, daß die zwei italienischen Arbeiterparteien kaum einen Monat nach der Vereinbarung der französischen Arbeiter als erste dem französischen Beispiel folgten, und nicht als Nachahmung, Kopierung, nicht nur auf die französische Wirkung hin, sondern aus dem Willen der zwei italienischen Arbeiterparteien und in einer ihrem Willen entsprechenden Form. Die weiteren Kapitel des Vertrags zeigen, daß sie in mancher Hinsicht weitergingen als die Franzosen. Dieser Unterschied ergab sich zum Teil aus dem Unterschied der zwei Arbeiterbewegungen. Die französische kämpfte für die Verhinderung der Machtübernahme des Faschismus, die italienische Arbeiterbewegung kämpfte aber gegen den schon herrschenden Faschismus, für die Liquidierung der faschistischen Ordnung. Beim Abschluß war der französische Aktionseinheits-Vertrag defensiv, der italienische hatte auch „Perspektive“. Der italienische Vertrag erklärte, daß die zwei Parteien – darauf achtend, daß sie die schon erreichten Ergebnisse nicht der Gefahr aussetzen – „mit dem unabstreitbaren Recht leben, die theoretischen und praktischen Meinungsunterschiede aufzudecken, die der Ausbildung und der organischen Fusion der Einheit noch immer im Wege stehen.“ In der italienischen Aktionseinheit ist noch weiterhin zu lesen: Die zwei Parteien „steigern die Vereinigung der Volksmassen“, und „sie sichern das Führen des Kampfes für das Proletariat“. Also, der italienische Vertrag zeigt auch den Weg der weiteren Entwicklung der auf der antifaschistischen Aktionseinheit bauenden antifaschistischen Volksfront unter Führung des Proletariats und auch die Zielsetzung der Schaffung der einheitlichen Proletarierpartei. Weiterhin ist er auch darum sehr wichtig, weil die italienischen Parteien im Vertrag übernehmen, ihre Einflüsse gegenseitig in die Waagschale zu werfen – die Beschlüsse der Internationale respektierend – „um in allen Ländern den Weg der Aktionseinheit zu bahnen.“

Die Veröffentlichung der italienischen Aktionseinheits-Vertrags geschah auf eigentümliche Weise. Die Delegation der Italienischen Sozialistischen Partei beharrte darauf, daß die Erklärungen der zwei Parteien



in der Presse beider Parteien gleichzeitig mit dem Text des Vertrags erscheinen — ein wichtiger Beweis der Lojalität der Italienischen Kommunistischen Partei ist, daß sie dem zugab —, die die Beschränktheit des Vertrags betonen.<sup>106</sup>

Die Deklaration der Italienischen Sozialistischen Partei geht davon aus, daß der geschlossene Vertrag partikulär ist und sich auf einige direkte Zielsetzungen des Kampfes gegen den Faschismus bezieht. Dann summiert sie die Hindernisse, die — nach Meinung der Sozialisten — auf Seite der Kommunisten vor dem Zustandekommen der gemeinsamen politischen Front der Arbeiterklasse, also vor der Vereinigung zu beseitigen waren. Vorher stellt die Deklaration fest, daß das größte Hindernis der Organisationseinheit die verschiedenartigen ideologischen Ansichten sind. Über die einheitliche ideologische Basis der italienischen Arbeiterklasse sagt die Deklaration nicht mehr, als „das nicht einfache Zusammenpassen sozialdemokratischer und bolschewistischer Ideen.“ Von den Hindernissen der gemeinsamen politischen Front der Arbeiterklasse hebt sie zwei hervor, die Losung des Sozialfaschismus und die Taktik der Einheitsfront von unten. Sie stellt gleichzeitig auch fest, daß die Einheitsfrontangebote der Italienischen Kommunistischen Partei und die Tatsache des Vertragschließens, als auch der französischen Vertrag, in sich selbst einen Bruch mit dem Sozialfaschismus bedeuten. Ob es sich um eine Verstellung des Visiers oder um eine neue Politik handelt — setzt die Deklaration fort —, ist nur aufgrund der Ergebnisse zu entscheiden weil die österreichischen, die deutschen und die Kommunisten anderer Länder sich ja mit den Sozialisten auseinandersetzen. Auch die kommunistische Einheitsfrontpolitik von unten gilt noch — diese Taktik betrachtet die italienische Sozialistische Partei als Manöver gegen die sozialistischen Parteien —, die Gegensätze der kommunistischen Politik sind noch nicht gelöst ...“ Doch, „trotz der existierenden Unsicherheiten“ schloß die Italienische Sozialistische Partei einen Vertrag mit den Kommunisten. Die Deklaration stellt zum Schluß fest, „die Aktionseinheit bedeutet nicht das Vermeiden des Problems der Organisationseinheit, und sie selbst übernimmt die Aufgabe, offen für die Liquidierung der Hindernisse und Mißverständnisse zu kämpfen, die während der Jahrzehnte der Brüche und Bruderzwiste und tief verwurzelt sind, den Glauben an die Einheit zu erneuern: Einzige Arbeiterklasse — einzige sozialistische Partei — einheitliche Internationale.“

In der Deklaration der Italienischen Kommunistischen Partei wurde das Gewicht selbst auf die Aktionseinheit gelegt, daß war in der gegebenen Lage und Zeit das wichtigste: die Aktionseinheit ist das vorbereitende Stadium der Organisationseinheit und noch mehr. Die Italienische Kommunistische Partei behauptet in der Deklaration das ständige Suchen der Einheitsfront betrieben zu haben und wirft den Sozialisten vor, daß sie in der Vergangenheit die Politik der Kollaborierung mit der Bourgeoisie betrieben haben. Die Betonung, daß die kommunistische Bewegung immer den richtigen Weg ging, spielte auch noch in der Deklaration der Italienischen Kommunistischen Partei eine Rolle, aber ganz anders, als

es die Kommunisten in den vergangenen zehn Jahren gesagt hatten, die Deklaration der Italienischen Kommunistischen Partei will sogar die Polemik darüber vermeiden. Die alte Richtungslinie offenbart sich darin, daß, obwohl der Einheitsfronts-Vertrag selbst eine gewisse Kritik der früheren Politik der Italienischen Kommunistischen Partei war, die Kommunisten in ihren Äußerungen auf ihr grundlegendes Recht — auf das Recht des revolutionären Weges gegenüber den Reformismus bestanden, und auch auf die Fehler. Das heißt, die Deklaration widerspiegelt die Praxis, in der die Verteidigung der gesamten früheren Politik identifiziert wurde. Nicht das war aber das Wesen der damaligen Politik — und auch der Deklaration — der Italienischen Kommunistischen Partei, sondern, daß sie die Ausbreitung der Aktionseinheit auf ein neues, sehr wichtiges Gebiet, auf den vaterländischen Kampf drängte: „Die Italienische Kommunistische Partei tut ihr Möglichstes, damit die Aktionseinheit, die Proletariereinheit auch in Italien bald eine siegreiche Wirklichkeit gegen den Faschismus und den Krieg ist“. — sagt die Deklaration der Italienischen Kommunistischen Partei. Der Abschluß des antifaschistischen Aktionseinheits-Vertrags war eine sehr wichtige Station der Entwicklung in der Einheitspolitik der italienischen Arbeiterbewegung, ein neuer Ausgangspunkt der italienischen Arbeiterbewegung, am Anfang einer Periode, in der die Einheitspolitik Tatsache wird.

#### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Während unserer Forschungen und des Schreibens unseren Aufsatzes haben wir aus der Literatur über das Thema die folgenden Werke ständig gebraucht; im weiteren beriefen wir uns auf sie nur beim Zitieren von Angaben und Bewertungen: *Bellen, O.* Párizs, Madrid, Pécs. A Komintern egységfrontpolitikája 1933–1937. (Paris, Madrid, Wien. Die Einheitsfrontpolitik der Komintern 1933–1937). Budapest, 1968; *Braunthal, J.*: Geschichte der Internationale. Bd. II. Hannover, 1963.; *Cole, G. D. H.*: Storia del pensiero socialista. Bd. V. Socialismo e fascismo 1931–1939. Bari, 1973.; *De Felice, F.*: Fascismo, democrazia, fronte popolare. Il movimento comunista alla svolta del VII Congresso dell'Internazionale. Bari, 1973.; *Dutt, R. P.*: Az Internacionálé (Die Internationale). Budapest, 1966.; A Francia Kommunista Párt története (Die Geschichte der Französischen Kommunistischen Partei). Budapest, 1968.; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 5. (Von Januar 1933 bis Mai 1945). Berlin, 1966.; *Hajek, M.*: Storia dell'Internazionale comunista (1921–1935). Rom, 1969.; A Kommunista Internacionálé története (Die Geschichte der Kommunistischen Internationale). Budapest, 1971.; *Lejbzon, B. M. – Sirinja, K. K.*: Povorot v politike Kominterna. Moskau, 1965.; *McKenzie, K. E.*: Komintern e rivoluzione mondiale (1928–1943). Firenze, 1969.; *Moch, J.*: Le Front Populaire, grande esperance. Paris, 1971.; A nemzetközi munkásmozgalom története 1830–1945 (Die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung von 1830 bis 1945). Budapest, 1973.; *Pintér, I.*: A baloldal küzdelme a Szocialista Munkásinternacionáléban a munkásegységért (1933–1935) (Der Kampf der Linken in der Sozialistischen Arbeiterinternationale für die Arbeitereinheit (1933–1935)). Párttörténeti Közlemények, 1973. Nr. 4., 74–116. S.; *Poulantzas, N.*: Fascismo e dittatura. La Terza Internazionale di fronte al fascismo. Milano, 1971.; *Spriano, P.*: Storia del Partito comunista italiano II. Gli anni della clandestinità. Torino, 1969.; *Togliatti, P.*: A Kommunista Internacionálé történetének néhány kérdéséről (Über einige Probleme der Geschichte der Kommunistischen Internationale). Im Bande: A demokrácia és a szocializmus problémái (Die Probleme des Demokratismus und des Sozialismus). Budapest, 1965. S. 266–314.; *Togliatti, P.*: Opere III. 1–2. (1929–1935). Hrsg. und Einleitung von *Ragionieri, E.* Roma, 1973



- <sup>2</sup> Avanti! (Zürich!) am 4. Februar 1933.
- <sup>3</sup> A Kommunista Internacionálé története. gen. Werk S. 306.
- <sup>4</sup> Lo Stato Operaio, 1933. Nr. 3. S. 84–93., *Togliatti, P.*: Opere III. gen. Werk Bd. 2. S. 183.
- <sup>5</sup> Die Bücher und Studien, die sich mit dieser Periode der Einheitspolitik beschäftigen, erwähnen die Konferenz und der Aufruf (A Kommunista Internacionálé története. gen. Werk S. 307. *Hajek, M.*: Storia dell'Internazionale comunista (1921–1935). gen. Werk S. 229–230.; *Pintér, I.*: A baloldali küzdelem a Szocialista Munkásinternacionáléban a munkásegységért (1933–35). gen. Werk S. 76.). Einerseits ist aber die Angabe des Zeitpunktes des Kongresses (mehrere schreiben den 6. Februar), andererseits das Aufzählen und Einordnen der teilnehmenden Parteien unterschiedlich. Besonders im Zusammenhang mit der Italienischen Sozialistischen Partei kommen Irrtüme vor. Die Italienische Sozialistische Partei, die an dieser Pariser Konferenz teilnahm, war die unter Führung von Angelica Balabonova stehende maximalistische Italienische Sozialistische Partei. Die Konferenz wurde vom Internationalen Büro der außer der zwei Internationalen stehenden Revolutionären Sozialistischen Parteien und von dem Internationalen Komitee der zur Sozialistischen Arbeiterinternationale gehörenden linksgesinnten sozialistischen Parteien organisiert. Avanti, (Milano–Paris) – der Blatt der maximalistischen Italienischen Sozialistischen Partei – 1933, Nr. 6.
- <sup>6</sup> Avanti, (Milano–Paris) 1933. Nr. 6.
- <sup>7</sup> A Kommunista Internacionálé története. Gen. Werk S. 307.
- <sup>8</sup> Innerhalb der Sozialistischen Arbeiterinternationale steigerte sich die Differenzierung schon im Jahre 1932; einige Parteien waren schon damals für die Arbeitereinheit. Die Frage der Einheitsfront wurde bei einigen Parteien und besonders in den Arbeiterbasen so drängend aufgeworfen, daß die leitenden Organe der Sozialistischen Arbeiterinternationale dem Behandeln des Themas nicht ausweichen konnten. Die Mitgliedparteien wurden aufgebeten, um ihre Stellungnahme zu erörtern. Die Darlegung und Analyse der Standpunkte der einzelnen Parteien siehe: *Betten, O.*: Párizs, Madrid, Bécs. gen. Werk S. 19–22.; *Pintér, I.*: A baloldali küzdelem a Szocialista Munkásinternacionáléban a munkásegységért (1933–1935). gen. Werk S. 76. Die Avanti!, (Zürich) brachte den im Beschluß festgelegten Standpunkt der Italienischen Sozialistischen Partei am 21. Januar 1933.
- <sup>9</sup> Internationale Information, 20. Februar 1933; Avanti!, (Zürich), 25. Februar 1933; Népszava, 26. Februar 1933
- <sup>10</sup> Siehe *Pintér, I.*: A baloldali küzdelem a Szocialista Munkásinternacionáléban a munkásegységért (1933–1935). Gen. Werk S. 77.
- <sup>11</sup> Battaglie Sindacali, Juli 1933; *Adibekov, G. M.*: A Vörös Szakszervezeti Internacionálé (A Profintern vázlatos története) (Die Rote Gewerkschaftsinternationale. Skizzenhafte Geschichte der Profintern). Budapest, 1973. S. 104.
- <sup>12</sup> La Correspondance Internationale, 8. März 1933; Dokumentumok a magyar forradalmi munkásmozgalom történetéből 1929–1935 (Dokumente aus der Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung 1929–1935). Budapest, 1964. S. 213–217.
- <sup>13</sup> Die französische, die tschechoslowakische, die deutsche, die österreichische, die polnische, die englische, die spanische und andere kommunistische Parteien.
- <sup>14</sup> A Francia Kommunista Párt története. Gen. Werk S. 145
- <sup>15</sup> Die Giustizia e Libertà-Bewegung bildete sich in der Emigration nach dem Verbot der italienischen antifaschistischen Parteien, vor allem für die Organisation des vaterländischen illegalen antifaschistischen Kampfes. Ihre Mitglieder und Führer waren junge Intellektuelle, Kleinbürger und Arbeiter. Die ideologische und Aktionsplattform setzte sich aus anarchistischen, republikanischen und sozialistischen Grundsätzen zusammen.
- <sup>16</sup> Istituto Antonio Gramsci – Archivio del Partito (Antonio Gramsci Institut – Archiv der Italienischen Kommunistischen Partei, in den weiteren: APC), 1933, 1123/42–45; *Togliatti, P.*: Opere III. gen. Werk Bd. 1. CLX–XLXII. p.
- <sup>17</sup> Lo Stato Operaio, 1933. Nr. 3.; Avanti!, (Zürich) 1. April 1933.
- <sup>18</sup> Nach der günstigen Antwort begannen Verhandlungen zwischen der Italienischen Kommunistischen Partei und den Maximalistisch-Sozialisten bzw. den Republikanern.

Anfang des Sommers 1933 war aber nur eine Minderheit beider Parteien für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten und die Verhandlungen wurden unterbrochen. Die Dokumente der Italienischen Kommunistischen Partei über die Einheitsfrontverhandlungen im Jahre 1933 s. APC. 1933, 1160/8–207.

- <sup>19</sup> *Avanti!*, (Zürich) 1. April 1933.; *Braunthal, J.*: Geschichte der Internationale. gen. Werk S. 412.
- <sup>20</sup> *Bellen, O.*: Párizs, Madrid, Bécs. Gen. Werk S. 28–29.
- <sup>21</sup> *Avanti!*, (Zürich) 18. März 1933.
- <sup>22</sup> A Kommunista Internacionálé története. Gen. Werk S. 209–210.
- <sup>23</sup> *Bellen, O.*: Párizs, Madrid, Bécs, Gen. Werk S. 30–31; *Braunthal, J.*: Geschichte der Internationale. Gen. Werk S. 412; *Hajek, M.*: Storia dell'Internazionale Comunista (1921–1935). Gen. Werk S. 231.
- <sup>24</sup> *Bellen, O.*: Párizs, Madrid, Bécs, Gen. Werk S. 31.
- <sup>25</sup> *Avanti!*, (Zürich) 1. April 1933.
- <sup>26</sup> *Vie prolétarienne*, (Brüssel) 12. April 1933.
- <sup>27</sup> Das Referat der Kongresses und die Inhaltsauszüge der Beiträge brachte der *Avanti!* (Zürich) am 22. April 1933. Neu veröffentlicht in: *Il Partito Socialista Italiano nei suoi Congressi*. Bd. IV. (Hrsg. von Gaetano *Arfé*) Milano, 1963. 51–93. S.
- <sup>28</sup> *Avanti!*, (Zürich) 29. April 1933.
- <sup>29</sup> *Avanti!*, (Zürich) 22. April 1933.
- <sup>30</sup> *Avanti!*, (Zürich) 29. April 1933.
- <sup>31</sup> *Avanti!*, (Zürich) 22. April 1933.
- <sup>32</sup> *Avanti!*, (Zürich) 22. April 1933.
- <sup>33</sup> *Avanti!*, (Zürich) 29. April 1933.
- <sup>34</sup> *Arfé, G.*: Storia dell'Avanti! 1926–1940. Milano, 1958. S. 95.
- <sup>35</sup> *Avanti!*, (Zürich) 29. April 1933.
- <sup>36</sup> *Avanti*, (Zürich) 3. Juni 1933.
- <sup>37</sup> *Hajek, M.*: Storia dell'Internazionale comunista (1921–1935). Gen. Werk S. 234.; *Braunthal, J.*: Geschichte der Internationale. Gen. Werk S. 417–419.
- <sup>38</sup> Der Beschluß der Kommunistischen Partei in Deutschland sagt: „Die völlige Liquidierung der Sozialfaschisten durch den Verwaltungsapparat, die brutale Unterdrückung der sozialdemokratischen Organisationen und ihrer Presse verändern die Tatsache nicht im geringsten, daß die Sozialdemokratie auch auf weiterhin die wichtigste Stütze der kapitalistischen Diktatur ist.“ *La Correspondance Internationale*, 3. Juni 1933.; Der Beschluß der Italienischen Kommunistischen Partei rief die Mitgliedschaft dem deutschen ähnlich „zur Steigerung des ideologischen und politischen Kampfes gegen die sozialdemokratischen Parteiführer“ auf. *Lo Stato Operaio*, 1933. Nr. 8. S. noch: *Hajek, M.*: Storia dell'Internazionale Comunista (1921–1935). Zit. W. S. 233.
- <sup>39</sup> Am Pariser Kongreß zwischen dem 4–6. Juni 1933 nahmen 3272 Delegierten in Vertretung der Arbeiter fast aller europäischen Länder teil. Die italienische Delegation bestand aus 174 Delegierten, davon 12 sind direkt aus Italien gekommen. Die anderen vertraten die folgenden Organisationen und Richtungen in der Emigration: CGL, Italienische Kommunistische Partei, Italienische Sozialistische Partei, Kommunistischer Jugendverband, eine breite Fraktion der republikanischen Partei, *Soccorso Rosso Italiano*, die kommunistischen Gruppen im Rahmen der Französischen Kommunistischen Partei, Antifaschistische Proletarkommission, die Organisation für die Verfolgten des Faschismus, Italienischer Frauenbund für den Frieden und die Freiheit und noch weitere 10 sozialistische und 20 anarchistische Delegierten. *Battaglia Sindacali*, Juli 1933.
- <sup>40</sup> *Avanti!*, (Zürich) 25. August 1933.
- <sup>41</sup> *Bellen, O.*: Párizs, Madrid Bécs. zit. Werk S. 40–42. Selbst die Tagesordnung und die Art der Abfassung der einzelnen Punkten trugen übrigens zu dieser Hoffnung bei: „1. Die Methoden des Proletariats im Kampfe für die Macht unter den jetzigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen; 2. Der Weg der Proletariereinheit; 3. Die Aufgaben der Arbeiterklasse falls des Kriegsausbruchs.“ *Avanti!*, (Zürich) 8. Juli 1933.
- <sup>42</sup> *Pintér, I.*: A baloldali küzdelme a Szocialista Munkásinternacionáléban a munkásegységért (1933–1935). Zit. W. S. 88.



- <sup>43</sup> Avanti!, (Zürich) 25. August 1933. Den Text der Beiträge in: Nenni, P.: La lutte socialiste contre le fascisme et pour la guerre. Paris, 1933. Neu erschienen in italienischer Sprache: *Manacorda, G.: Il socialismo nella storia d'Italia.* Bari, 1970. Bd. 2. S. 588–601.
- <sup>44</sup> *Manacorda, G.: Il socialismo nella storia d'Italia.* Zit. W. Bd. 2. S. 591–592.
- <sup>45</sup> a.a.O. S. 599.
- <sup>46</sup> a.a.O. S. 595.
- <sup>47</sup> a.a.O. 600.
- <sup>48</sup> a.a.O. S. 599.
- <sup>49</sup> a.a.O. 599–600.
- <sup>50</sup> a.a.O. S. 599..
- <sup>51</sup> Avanti!, (Zürich) 2. September 1933.
- <sup>52</sup> Avanti!, (Zürich) 2. September 1933. Die Rezensionen und Bewertungen der Diskussionen, Beschlüssen der Konferenz s.: *Pintér, I.: A baloldal küzdelme a Szocialista Munkásinternacionáléban (1933–1935).* Zit. W. S. 88–94.
- <sup>53</sup> Avanti! (Zürich), 2. September 1933.
- <sup>54</sup> S. die — die Konferenz der Sozialistischen Arbeiterinternationale kommentierenden — Artikel der Kommunistischen Internationale und der Rundschau.
- <sup>55</sup> *Pintér, I.: A baloldal küzdelme a Szocialista Munkásinternacionáléban a munkásegységért (1933–1935).* Zit. W. S. 95–96.
- <sup>56</sup> Typische Beispiele dafür sind die Artikel von Togliatti: „Über die Pariser sozialistische Konferenz“ (Bandiera Rossa, 9. September 1933), „Nenni und Gorgulov“ (La Nostra Bandiera, 16. September 1933), „Die maximalistische Ideologie und Politik“ (La Nostra Bandiera, 30. September 1933), „Der Fall-Mario Bergamo“ (La Nostra Bandiera, 22. Oktober 1933). Diese Artikel zeigen neben dem in-Vordergrundstellen der „ununterbrochener Kampf gegen den Sozialfaschismus“ — Prinzip auch, daß Togliatti von dieser Zeit an besondere Rücksicht an alles wandte, was in der Italienischen Partei geschah. S. ausführlicher: *Togliatti, P.: Opere, III.* zit. W. Bd. I. S. CLXIV–CLXV.
- <sup>57</sup> La Correspondance Internationale, 20. November 1933.
- <sup>58</sup> *Betten, O.: Párizs, Madrid, Bécs.* Zit. W. S. 50–51.; *Hajek, M.: Storia dell'Internazionale comunista (1921–1935).* Zit. W. S. 235.; *Spriano, P.: Storia del Partito comunista italiano. II.* Zit. W. S. 383.
- <sup>59</sup> Das Protokoll des Plenums: XIII. plenum IKKI — stenographischeski otschet. Moskau, 1934.
- <sup>60</sup> Neu veröffentlicht in italienischer Sprache: *De Felice, F.: Fascismo, democrazia, fronte popolare.* Zit. W. S. 242–256.
- <sup>61</sup> a.a.O. S. 243.
- <sup>62</sup> a.a.O. S. 255–256.
- <sup>63</sup> a.a.O. S. 253.
- <sup>64</sup> a.a.O. S. 252–253. Der Teil der Beschlüsse über die Aufgaben der kommunistischen Parteien, in dem es um die Sozialdemokratie und die Einheitsfront die Rede ist, trägt den folgenden Titel: „Gegen die Sozialdemokratie, für die Einheitsfront von unten.“
- <sup>65</sup> *Togliatti, P.: Opere III.* Zit. W. Bd. 1. CLXXV. p.
- <sup>66</sup> *Togliatti, P.: Opere III.* Zit. W. Bd. 2. S. 282–313.
- <sup>67</sup> *Togliatti, P.: Opere III.* Zit. W. Bd. 1. S. CLXXVI–CLXXVII.
- <sup>68</sup> *Togliatti, P.: Opere III.* Zit. W. Bd. 2. S. 313–322.
- <sup>69</sup> *Togliatti, P.: Opere III.* Zit. W. Bd. 1. S. CLXXX.
- <sup>70</sup> A Spanyol Kommunista Párt története (Die Geschichte der Spanischen Kommunistischen Partei). Budapest, 1964. S. 84.
- <sup>71</sup> In den Wahlen des Jahres 1930 bekamen die Kommunisten 21 000 Stimmen, die Sozialdemokraten 1 578 000. Die Zahl der Mitgliedschaft der kommunistischen Partei war vor den Februaren Kämpfen unter 5000, die der Sozialdemokraten über 600 000.
- <sup>72</sup> *De Felice, F.: Fascismo, democrazia, fronte popolare.* Zit. W. S. 10–11. Diese Position vertrat damals auch Dimitroff. S. „Levél az osztrák munkásokhoz“ (Ein Brief an die österreichischen Arbeiter). a.a.O. S. 257–269. Von der Seite der Italienischen Kommunistischen der Artikel von Togliatti: „Ausztria, Franciaország, Olaszország.“

- (Österreich, Frankreich, Italien). *Lo Stato Operaio*, 1934. Nr. 2. S. 145–154.; Neu erschienen in: *Togliatti, P.: Opere III. zit. W. Bd. 2. S. 155–162.*
- <sup>73</sup> *Hajek, M.: Storia dell'Internazionale comunista (1921–1935). Zit. W. S. 245–247.*
- <sup>74</sup> Zu den Veränderungen der französischen – sowjetischen Beziehungen. *Ormos, M.: Franciaország és a keleti biztonság 1931–1936* (Frankreich und die Sicherheit im Osten 1931–1936). Budapest, 1969.; besonders S. 293–301. Ein Teil der bürgerlichen Historiker leitet die Richtungslinie 'Einheitsfront' der Kommunistischen Internationale direkt aus der Veränderung der außenpolitischen Orientierung der Sowjetunion. (Die Zusammenhänge zwischen der Richtungslinie der Kommunistischen Internationale und der Außenpolitik der Sowjetunion werden erst dann ausführlich zu analysieren, wenn der Forschung noch mehr Quellenmaterial zur Verfügung stehen wird.) Im Frühling 1934 ist der Zusammenhang zwischen der Richtungslinie der Kommunistischen Internationale und der Außenpolitik der Sowjetunion noch keinesfalls direkt. Die Tatsachen widerlegen es. Zur Literatur der Frage s. *Hajek, M.: Storia dell'Internazionale comunista (1921–1935). Zit. W. S. 252–253.*
- <sup>75</sup> *Bellen, O.: Párizs, Madrid, Bécs. Zit. W. S. 74. – A Francia Kommunista Párt története. Zit. W. S. 158.*
- <sup>76</sup> A Francia Kommunista Párt története. Zit. W. S. 159.
- <sup>77</sup> a.a.O. S. 159–164.
- <sup>78</sup> Neu erschienen in: *De Felice, F.: Fascismo, democrazia, fronte popolare. Zit. W. S. 273–275.*
- <sup>79</sup> *Spriano, P.: Storia del Partito comunista italiano II. Zit. W. S. 390.*
- <sup>80</sup> „A fasizmus metelése Franciaországban“ (Der Marsch des Fasismus in Frankreich). *Togliatti, P.: Opere III. Zit. W. Bd. 2. S. 363–373.; Lo Stato Operaio*, 1934. Nr. 3. S. 233–242.
- <sup>81</sup> a.a.O. S. 373.
- <sup>82</sup> *Spriano, P.: Storia del Partito comunista italiano. II. Zit. W. S. 390.*
- <sup>83</sup> Vita operaia, (Paris) 26. Mai 1934.
- <sup>84</sup> *Lo Stato Operaio*, 1934. Nr. 7. S. 292–293.) *Togliatti, P.: Opere III. Zit. W. Bd. 2. S. 399–403.*
- <sup>85</sup> *Ragionieri, E.: Il giudizio sul fascismo. La lotta contro il fascismo. I rapporti con l'Internazionale comunista. In: Problemi di storia del Partito comunista italiano. Roma, 1973. S. 33–57.*
- <sup>86</sup> Quaderni di „Giustizia e Libertà“ Nr. 10. (Februar 1934.)
- <sup>87</sup> *Il Nuovo Avanti*, (Paris) 19. Mai 1934.
- <sup>88</sup> *Agosti, A.: Rodolfo Morandi. Il pensiero e l'azione politica. Bari, 1971. S. 217.*
- <sup>89</sup> *Il Nuovo Avanti*, (Paris) 19. Mai 1934.
- <sup>90</sup> Die Bewegung hat die Benennung „Giustizia e Libertà“ behalten. Anstatt der Monatschrift „Füzetek“ (Hefte) gab sie ein Wochenblatt aus, dessen Untertitel „Aktions-einheitsbewegung für die Arbeiterautonomie, für die sozialistische Republik, für den neuen Humanismus“ den Charakter der Bewegung besser ausdrückte.
- <sup>91</sup> Über die Herausbildung des Heimischen Zentrums s. *Merli, S.: La rinascita del socialismo italiano e la lotta contro il fascismo del 1934 al 1939. Milano, 1963. Die theoretische und politische Tätigkeit von Rodolfo Morandi analysiert ausführlich: Agosti, A.: Rodolfo Morandi Zit. W.*
- <sup>92</sup> *Susmel, D.: Nenni e Mussolini. Mezzo secolo di fronte. Milano, 1969. S. 252.*
- <sup>93</sup> *Avanti!*, (Zürich) 7. Januar 1933. 14. Jan., 18. Jan. 1933., 4., 18., 25. Februar; *Il Nuovo Avanti*, (Paris) 14. Juli, 4. Augustus 1934.
- <sup>94</sup> Archivio Centrale dello Stato. (ACS) Pelizia politica. 1934. 8. 2., 500/21949.
- <sup>95</sup> Die Aufzeichnung von Manuiski an den politischen Sekretär der Kommunistischen Internationale: „Mit Rücksicht auf die internationale politische Lage ist die Verantwortung der Italienischen Kommunistischen Partei außerordentlich groß. Nach der 12jährigen Herrschaft des Faschismus mußte die italienische Sektion Beispiel, brauchbare Erfahrungen aus dem antifaschistischen Kampf der ganzen Internationale geben. Die italienischen Genossen brachten diese Erfahrungen nicht. Die Italienische Kommunistische Partei konnte die Funktion nicht versehen, worauf sie die nationale und internationale Lage veranlagt hat... Im Jahre 1932 hatte die Italienische Kommunistische Partei 7000 Mitglieder, jetzt nur 2400. 2000 sitzen im Gefängnis, 800 sind in



der Emigration, infolge der Gewalt, also, verloren wir 2800 Genossen. Aber auch der Einfluß der Italienischen Kommunistischen Partei nahm ab. Warum?...“ APC, 1934. 1180/2. In der Sitzung des politischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale sagte Pjatnitski: „Die Italienische Kommunistische Partei ist eine der am wenigsten bolschewisierten Parteien“. Zitat und ausführlichere Analyse des Verhältnisses einiger Führer der Kommunistischen Internationale zu der Italienischen Kommunistischen Partei s. *Spriano, P.*: Storia del Partito comunista italiano II. Zit. W. S. 408–409.

<sup>96</sup> Rundschau, 1934, S. 1277.

<sup>97</sup> Der Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 11. Juni betont, die Französische Kommunistische Partei muß den Schlag dem Faschismus beibringen und die Einheitsfront der zu verschiedenen Richtungen gehörenden Arbeiter zustande bringen. Sowohl in den Diskussionen als auch in der Propaganda muß die Losung der Vernichtung der bourgeoistischen Demokratie verändert werden und die bürgerlich-demokratische Freiheitsrechte müssen verteidigt werden. A Kommunistika Internacionálé története. Zit. W. S. 331.

<sup>98</sup> A Kommunistika Internacionálé története. Zit. W. S. 332.

<sup>99</sup> Dimitroff, G.: Egységfront, népfrent, szocializmus (Einheitsfront, Volksfront, Sozialismus). In: Válogatott írások (Ausgewählte Schriften). Budapest, 1974. S. 85–94.

<sup>100</sup> In der Führung der Kommunistischen Internationale sind in den Diskussionen im Juni–Juli 1934 auch die alten sektiererischen Ansichten zum Ausdruck gekommen. Im Präsidium der Kommunistischen Internationale wurde am 5. September der Beschluß gebracht, daß der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale auf die erste Hälfte des Jahres 1935 verschoben werden muß.

<sup>101</sup> Lo Stato Operaio, 1934. Nr. 7. S. 489–493.

<sup>102</sup> Il Nuovo Avanti, (Paris), 21. Juli 1934.; ACS. Polizia politica. S. 2. 500/21949.

<sup>103</sup> Il Nuovo Avanti, (Paris) 25. August 1934.

<sup>104</sup> Il Nuovo Avanti, (Paris) 4. August 1934.

<sup>105</sup> Die Protokolle der Verhandlungen zwischen den zwei Delegationen: APC, 1934. 1194/110. Den Text der Vereinbarung brachten die beiden Zeitungen der Parteien; Il Nuovo Avanti, (Paris) 25. August 1934; Lo Stato Operaio, 1934. Nr. 8. S. 577–580. Neu in: *De Felice, F.*: Fascismo, democrazia, fronte popolare. Zit. W. S. 276–282.

<sup>106</sup> a.a.O.